V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

1. Jahrgang • Nr. 30 • Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Österreichisches Postsparkassen-Kto. B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 27.765

Wien, Freitag, den 1. Dezember 1933
ווינה, יום ו׳, י״ג כסלו תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Razzien in Palästina gehen weiter

Jerusalem, 26. November. Ein seit drei Jahren mit Mutter, Bruder und Schwester in Jerusalem lebender jüdischer Arbeiter wurde verhaftet und soll deportiert werden, weil er keine Aufenthaltsbewilligung hat.

Tel Aviv, 26. November. Bei den von der Polizei durchgeführten Razzien wurde eine Gruppe von zehn ägyptischen Juden verhaftet. Auf der Straße Jaffa–Tel Aviv wurden drei Personen festgenommen, die angeblich illegal ins Land eingewandert sind. Bei einem Spaziergang wurden drei jüdische Touristen von der Polizei verhaftet. Aus Safed wird gemeldet, daß dort eine siebenköpfige Familie verhaftet wurde, obwohl sie im Besitze eines Visums war.

„Haarez" berichtet, daß die Polizei bei einer nächtlichen Razzia in Newe Schalom und anderen jüdischen Vierteln von Jaffa über zehn Touristen verhaftet hat. Einige wurden freigelassen, nachdem sie nachgewiesen hatten, daß sie legal ins Land gekommen sind.

In der jüdischen Hotelpension Margalit in Jaffa wurde eine Razzia durchgeführt. Mehrere Personen wurden festgenomen und gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt. Sie werden nochmals einem Verhör durch den Polizeirichter unterzogen werden.

Ein lehrreicher Konflikt

Genf, 26. November. Wie der Genfer JTA-Vertreter erfährt, bestehen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem vom Völkerbund eingesetzten Emigrantenhochkommissar James MacDonald und der englischen Regierung in Bezug auf die Heranziehung Palästinas zur Untersuchung von Auswanderern aus Deutschland. Die englische Regierung hatte an ihre Zustimmung zur Errichtung des Amtes des Hochkommissars die Bedingung geknüpft, daß Palästina nicht in den Tätigkeitsbereich des High Commissioner fallen soll. In einer Geheimsitzung hat die Völkerbundversammlung diese Bedingung angenommen und dementsprechend auch den Palästina betreffenden Passus der Resolution gestrichen. Nunmehr stellt sich der Hochkommissar auf den Standpunkt, daß der Ausschluß Palästinas aus seinem Tätigkeitsbereich die Möglichkeiten seiner Tätigkeit für die Emigranten einschränkt, und besteht darauf, daß ihm das Recht zugebilligt werde, der britischen Regierung die Forderung nach Zulassung einer gewissen Zahl von Auswanderern aus Deutschland nach Palästina auf Grund einer besonderen Quote zu unterbreiten.

*

Diese Nachricht charakterisiert noch einmal das Verhältnis Englands zur jüdischen Einwanderung nach Palästina und enthüllt die schamlosen, zynischen Machinationen, die es bei deren gewaltsamen Unterbindung anwendet. England will nicht, wie der oben gemeldete Konflikt lehrt, daß die Einwanderungsfrage Palästinas auch von einem anderen Forum als von dem seiner Palästinaregierung geprüft werde, da sonst die Wahrheit ans Licht käme.

(Anm. d. Red.)

Neueste arabische Generalstreikparole nicht befolgt

Jerusalem, 27. November. Heute wurde der Prozeß gegen drei Haupträdelsführer der Araberunruhen, die am 13. Oktober in Jaffa stattgefunden haben, eröffnet. Die von der arabischen Exekutive anläßlich des Prozeßbeginns ausgegebene Generalstreikparole ist nur in der Altstadt von Jerusalem zum Teil befolgt worden. In den neueren Stadtteilen und außerhalb Jerusalems nahm das tägliche Leben seinen gewohnten Fortgang. Am Nachmittag veranstalteten 60 arabische Frauen eine Demonstration, indem sie den Angeklagten Erfrischungen in den Gerichtssal brachten.

Das Spitzelwesen

Jerusalem. Es mehren sich die Fälle, in denen seit vielen Jahren in Palästina ansässige Juden von den völlig planlos und willkürlich vorgehenden Beamten angehalten und zum Nachweis ihres Aufenthaltsrechts aufgefordert werden. So wurde auch der Sekretär der Kulturkommission der allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation Palästinas Jehuda Schimoni, der seit 12 Jahren im Lande wohnt, unter dem Verdacht verhaftet, illegal eingewandert zu sein. Er wurde von dem mit der Ausforschung der über die gewährte Frist hinaus im Lande verbliebenen Touristen beauftragten Polizeibeamten verhört und nach Feststellung seiner Identität freigelassen.

Es macht sich bereits die demoralisierende Wirkung des von der Polizei eingeführten Prämiensystems für die Ergreifung von Personen, die sich ohne Erlaubnis im Land aufhalten, bemerkbar. Unter der armen orientalisch-jüdischen Bevölkerung finden sich Einzelne, die der Polizei gegen eine Belohnung von 1 bis 2 Schilling unerlaubt im Lande sich aufhaltenden Juden nahmhaft machen.

Einwanderungstragödie orientalischer Juden

Jerusalem. Die Einschränkung der Einwanderung nach Palästina bedeutet einen Schlag für die Juden der Orientländer, deren Streben nach Palästina infolge der Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage immer stärker wird. Etwa 150 jüdische Familien aus Buchara befinden sich unterwegs in Mesched, Afghanistan, und warten dort auf Palästina-Zertifikate. Die Jerusalemer Gemeinde der Buchara-Juden hat sich bis jetzt vergebens bemüht, für sie Visen zu beschaffen. — Die Gemeinde der kurdischen Juden hat der Jewish Agency ein Memorandum unterbreitet, in dem sie um 1000 Einwanderungszertifikate für Juden in Kurdistan ersucht, wo sich die wirtschaftliche Lage immer mehr verschlechtert. — »Falastin« teilt mit, daß mehrere Juden, die ohne Pässe die Grenze von Syrien nach Palästina zu überschreiten versuchten, verhaftet und nach Beirut gebracht wurden, von wo sie dann ausgewiesen werden.

Herrn Shertoks politische Tat

p. h. Wien, 30. November.

Herr Shertok ist in der zionistischen Welt ein ziemlich neuer Mann, den jüdischen Massen ist sein Name noch nicht geläufig. Der achtzehnte Zionistenkongerß hat ihm zum Minister des Aeußeren, wenn man so sagen darf, gemacht. Es obliegt ihm die Wahrung der Interessen des Jüdischen Nationalheims gegenüber der Mandatarmacht; er steht also auf dem denkbar exponiertesten Posten der zionistischen Politik.

Man kann nicht gerade behaupten, daß er seit seiner Berufung viel dazu getan hätte, auf daß sein Name an Popularität gewinne. In einer Zeit der schwersten politischen Anschläge auf die vitalen Grundlagen des Zionismus hat dieser politische Leiter nichts nennenswertes unternommen, um diesen Anschlägen ein Paroli zu bieten; außer der Schablonenpolitik des im übrigen fruchtlosen Vorsprechens und Intervenierens bei dem von seinem Vorgänger mit dem Attribut »gut« belegten High Commissioner Wauchope ist nichts in die Welt gedrungen, was Herrn Shertok »berühmt« gemacht hätte.

Nun hat er etwas getan, was ihn bestimmt berühmt machen wird. Er hat eine politische Tat ersten Ranges vollbracht. Die jüdischen Zeitungen des ganzen Erdenrunds widerhallen vom und tragen den Namen Shertok in das düsterste Stübchen des jüdischen Massenmenschen.

Und er hat gerade jene Tat vollbracht, auf die das schwerbedrängte jüdische Volk gewartet hat. Er ist dem »guten« High Commissioner in dessen Not mit den Juden beigesprungen und hat den Juden selbst eine Illusion zerstört, die sie wohlgehegt haben mochten. Wir müssen diese Tat anerkennen, zumal wir, »Der Judenstaat«, ihm, dem Herrn Shertok, das Sprungbrett zu solcher Bravourleistung abgegeben haben.

Wir haben nämlich vor zwei Wochen eine Nachricht unseres Jerusalemer Korrespondenten gebracht, der zufolge der High Commissioner den Jewish Agency-Leuten das gesagt hat, was er in Wirklichkeit tut, daß er nämlich die Entwicklung des jüdischen Nationalheims sistieren wolle. Unser Korrespondent meldete ferner, daß ob dieser Hiobsbotschaft Herr Shertok sein zionistisches Gewissen gefunden und sein sozialistisches verloren habe, indem er die Parole von einer jüdischen nationalen Einheitsfront von Jabotinsky bis Ben Gurion ausgegeben habe, um die drohende Gefahr abzuwehren. Nun hat sich Herr Shertok zu Wort gemeldet, hat der JTA ein Statement übergeben, wo er alles, aber alles dementiert, das, was den High Commissioner betrifft und das, was ihn, den Herrn Shertok, betrifft. Nichts ist wahr, sagt er. Der High Commissioner hat etwas anderes gesagt, und er selbst will keine Einheitsfront, denn eine solche ist ein Absurdum. Nun, ist das nicht eine politische Tat ersten Ranges, würdig eines Mannes, der die blutigen Interessen der Weltjudenheit gegenüber eine sie bedrohende Umwelt zu verteidigen hat?

Der High Commissioner mag ruhig sein, fest steht und treu die Wacht der jüdischen Sozialisten, deren Repräsentant Herr Shertok ist, um ihn vor der Entrüstung und Wut des jüdischen Volkes zu schützen, und der Klassenkampfgeist in Palästina kann unbesorgt sein, denn es wird keine nationale Einheitsfront geben.

Versteht man nun, welcher Zynismus und welche politische Felonie in der Erklärung des Herrn Shertok gegen uns, den »Judenstaat« liegt? Und welche Heuchelei! Angesichts des Tatbestandes der politischen Vorgänge in Palästina erübrigt es sich, Herrn Shertok die Richtigkeit unserer Nachricht zu beweisen, ebenso wie es überflüssig ist, die Gründe seines Dementis aufzuzeigen, die eben in dem aus Verrat, Heuchelei und Angst zusammengesetzten Kompositum der jüdisch-sozialistischen Politik Palästinas besteht.

Aber dieses herostratische Dementi hat auch etwas Befreiendes. Eine bessere und eindringlichere Demonstration politischer Unreife und dumm-dreisten Uebelwollens ist wohl von seiten eines »jüdischnationalen« Politikers dem jüdischen Volk noch nicht gegeben worden. An anderer Stelle unseres Blattes wird das Wesen des Shertok-Dementis beleuchtet. Für hier sei nur festgestellt: jüdisches Volk, du kannst nicht darauf hoffen, daß deinem Willen und deiner Not einmütig Ausdruck gegeben wird, solange dich sozialistische Interessenpolitiker vertreten, die den »guten« Oberkommissar verteidigen und deinen Willen zur Einheit verhöhnen.

Der Mufti wieder in Jerusalem

Jerusalem, 30. November. Der Großmufti Amin Husseini ist nach mehrmonatigem Aufenthalt im Auslande, und zwar in Indien, Persien und im Irak, nach Jerusalem zurückgekehrt. Es wurde ihm ein festlicher Empfang bereitet, bei welcher Gelegenheit er eine antizionistische Rede hielt und berichtete, daß er eine halbe Million Pfund gesammelt habe, um solche Ländereien in Palästina zu kaufen, die in Gefahr stehen, in die Hände der Juden zu fallen. Die Erträgnisse der Ländereien sollen für die Zwecke der zu gründenden arabischen Universität verwendet werden.

Jüdischer Weltprotest gegen England

Warschau, 24. November. In verschiedenen Teilen von Warschau erneuerten sich die Kundgebungen gegen die letzten Maßnahmen der Palästina-Regierung und die von der palästinensischen Polizei veranstaltalteten Razzien auf jüdische Einwanderer. Die Demonstranten wurden von der Polizei zerstreut, mehrere Personen wurden verhaftet.

Die jüdische Gemeinde Lodz hat eine Protestresolution gegen das Vorgehen der Palästina-Regierung gefaßt. Die Resolution wurde der englischen Regierung und dem Völkerbund zugesandt.

Saloniki, 24. November. Der Oberrabbiner von Saloniki Dr. Koretz hat namens aller jüdischen Gemeinden und Organisationen Griechenlands an die Palästina-Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die letzten antijüdischen Maßnahmen protestiert und freie jüdische Einwanderung nach Palästina gefordert wird.

Nationale Front gegen England:

Die Riesenkundgebung der Warschauer Judenheit.

Warschau, 27. November(Telegramm unseres Korrespondenten).

Gestern fand hier ein riesiges Protestmeeting gegen die von der Palästinaregierung getroffenen Einwanderungsbeschränkungen statt. Der Riesensaal »Splendid« bot das Bild einer überwästigenden Menschenmenge, die, Kopf an Kopf gedrängt, mit leidenschaftlicher Erregung den Protestrednern folgte und durch stürmische Beifalls- und Pfui-Rufe ihrem Unmut gegen die britischen Anschläge auf den Lebensnerv Palästinas, die jüdische Einwanderung, Ausdruck gab. Tausende Juden Warschaus stauten sich vor den Eingängen und mußten wegen Ueberfüllung des Riesensaales umkehren, da ein Parallel-Meeting von der Polizei nicht erlaubt wurde, die übrigens dieses eine Meeting auch nur unter der Bedingung gestattete, daß nach Schluß der Versammlung keine Demonstrationsumzüge veranstaltet werden. Wäre die Abhaltung mehrerer Versammlungen möglich gewesen — das ganze jüdische Warschau wäre erschienen.

Das Protestmeeting wurde vom zionistischen Einheitsblock, der die Revisionisten, den »Misrachi, die polnischen Allgemeinen Zionisten (Eth liwnoth) und die Judenstaatspartei umfaßt, einberufen. Es sprachen Redner aller dieser Parteien, die im Namen der gesamten Judenheit Polens mit der antizionistischen Politik Großbritaniens Abrechnung hielten. Von der jüdisch-orthodoxen Organisation Polens, der »Agudas Jisrael«, war ein Brief eingelangt, in welchem diese Organisation meldet, daß sie sich der Protestaktion anschließe, um die jüdische Einheit zu dokumentieren gegen den Versuch, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu stören. Ein ähnlicher Brief war auch von der Zentrale der jüdischen Kaufmannschaft Polens eingelangt, während die Zentrale des jüdischen Handwerkerverbandes Polens durch einen Redner am Meeting selbst vertreten war.

Für die Union der Zionisten-Revisionisten, und den revisionistischen Jugendbund Berit Trumpeldor sprachen Adv. M. Mowschowitsch und A. Remba, die das mandatswidrige Verhalten Englands anprangerten und gegen die Zionistische Exekutive protestierten, deren Untätigkeit und politisches Gewährenlassen den gegenwärtigen unheilvollen Zustand mitverschuldet hat. Die Zionistische Exekutive müsse umgebaut werden, auf daß sie die Wünsche des ganzen jüdischen Volkes zum Ausdruck bringen könne.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich scharf gegen die britische Einwanderungsbestimmungen richtet, das jüdische Volk zum Kampf für den Judenstaat aufruft und die Umwandlung der gegenwärtigen Zionistischen Exekutive zu einer Leitung, die eine einheitliche nationale Front symbolisieren kann, fordert.

Nach Schluß der Versammlung bildeten einige revisionistische Gruppen entgegen dem Polizeiverbot zwei große Demonstrationszüge, die feindliche riefen. Die Polizei verhaftete zwei Mitglieder des Berit Rufe gegen England ausstießen und »Es lebe Jabotinsky!« Trumpeldor.

Der Waad Leumi

Jerusalem, 27. November. Nach einer in der Nacht vom Sonntag, den 26. zum Montag, den 27. November, abgehaltenen außerordentlichen Sitzung hat der Jüdische Nationalrat Palästinas (Waad Luumi) eine Resolution angenommen, in der er schärfstens gegen die die jüdische Einwanderung nach Palästina behindernden Maßnahmen der Palästina-Regierung protestiert. An die Judenheit Palästinas wird der Appell gerichtet, im Widerstand gegen diese die jüdischen und die algemeinen Interessen des Landes schädigende Einwanderungspolitik zu verharren, da die Einschränkung der Einwanderung nicht im Einklang stehe mit der Aufnahmefähigkeit des Landes, die allein als das die Einwanderung regulierende Moment zu gelten hat.

Protest der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde

Eine vom Vorstand der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde der englischen Regierung übersandte Protestresolution hat folgenden Wortlaut:

»Die Judennot in aller Welt, besonders das Schicksal der Juden Deutschlands, rechtfertigt die aus dem Palästina-Mandat fließende Forderung, eine möglichstgroße Zahl von Juden in entsprechend kurzer Zeit nach Palästina zu bringen und dort zu verankern. Die von der Regierung Sr. Majestät und der britischen Mandatsverwaltung Palästinas jüngst getroffenen Maßnahmen stehen weder mit dem Geiste und der Absicht des Mandatsvertrages in Einklang, noch entsprechen sie den durch die ungeheure jüdische Not gebotenen Rücksichten, die vor allem vom britischen Weltreich zu erwarten waren. Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Wien als der zweitgrößten Judengemeinde Europas gewärtigt in tiefster Sorge um das Schicksal der jüdischen Massen Ost- und Westeuropas, daß die Regierung Sr. Majestät im Sinne des Palästina-Mandates zur Normalisierung des Lebens der Juden durch Errichtung eines nationalen jüdischen Heimes in Palästina alle widersprechenden Anordnungen widerrufen und die Einwanderung jüdischer Kapitalisten, Mittelständler und Arbeiter auch mit Rücksicht auf die dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes in ausgedehntem Maße zulassen wird«.

Kolonialminister weiß nicht, wieviel Araber einwandern

London, 24. November. In Beantwortung der vom Abgeordneten Barnett Janner im Unterhaus gestellten Frage betreffend die Einwanderung aus Transjordanien nach Palästina erklärte der Minister für die Kolonien Sir Philip Cunliffe-Lister, daß in den neuesten offiziellen Berichten der Zuwachs der palästinensischen Bevölkerung infolge Einwanderung aus Syrien und Transjordanien im Laufe der Jahre 1922 bis 1931 nicht größer ist als 4000 Seelen.

Der Abgeordnete Peter MacDonald fragte, ob es Statistiken über die Zahl der in den letzten Monaten nach Palästina eingewanderten Juden und den Umfang der Einwanderung aus Transjordanien in derselben Zeit gebe. Der Minister antwortete, Ziffern über die Einwanderung aus Transjordanien nach Palästina in letzter Zeit lägen nicht vor.

Vielleicht weiss der Kolonialminister jetzt, wieviel Araber...?

Haifa, 25. November. In den letzen Monaten sind massenweise Beduinen aus Transjordanien und dem Hauran nach Haifa gekommen, um dort Arbeit zu finden. Man schätzt ihre Zahl in Haifa allein auf über 2000. Sie nächtigen in halbfertigen Gebäuden oder in den Straßen. Ueber 500 wurden bei den Zollwachen oder im Hafen beschäftigt, einige bei der Irak-Petroleumgesellschaft, andere arbeiten als Träger und ungelernte Bauarbeiter. Während Acco als Festung wegen der Spionagegefahr gegen diese illegale Einwanderung geschützt wird, kommen Araber, von der in den Nachbarländern herrschenden Hungersnot getrieben, in ganzen Bataillonen so gut wie ungehindert über die Ostgrenze nach anderen Teilen Palästinas. In den Straßen von Haifa führte ein aus privaten Ursachen ausgebrochener Streit zu einer großen Schlägerei, bei der über 200 Araber verhaftet wurden. Keiner der angehaltenen konnte sich durch Papiere ausweisen. Es wurde festgestellt, daß von den Excedenten über 100 aus Syrien und fast 100 aus Transjordanien gekommen waren. Inzwischen wurden weitere Verhaftungen von Arabern vorgenommen, etwa 100 von ihnen sollen deportiert werden.

Vladimir Jabotinsky:

Ein Blick auf eine Situation

1.

Seit den Jahren des Weltkrieges erinnere ich mich nicht an ein ähnliches Tohuwawohu wie es die »Situation« ist, in der sich die zionistische Bewegung jetzt befindet.

Erstens — in Palästina selbst. Dort besteht das Tohuwawohu nicht in den jüngsten Anschlägen und Razzien — die sind nur Zufall und werden nicht lange anhalten. Ich spreche auch nicht vom Tohuwawohu, das, wie von allen Seiten erzählt wird, in unserem Aufbauwerk selblt herrscht: es gibt keine Ordnung, sagt man, kein richtigen Informationsdienst für die private Industrie, die Preise für Boden in der Stadt und für Wohnungen wachsen ins Wahnsinnige, die Spekulation wütet ungestört und häßlich... Das ist sehr schlimm. Ueberschätzen wir es aber nicht. Bei jeder größerén Einwanderung, überall und bei allen Völkern, ist Ordnung zu vermissen, wie denn noch, wenn der Kolonisator nicht Herr im Lande und seiner Kolonisation ist, keine Macht besitzt und nicht einmal Einfluß auf den Machthaber, und die Regierung aus fremden, unfreundlichen und obendrein noch im Durchschnitt zweitklassigen Beamten besteht. Nicht darüber spreche ich. Das Tohuwawohu liegt tiefer, liegt im Wesen der Situation.

Für wen und wozu bauen wir Palästina eigentlich? Im Jahre 1926 machten die Juden an die zwanzig Prozent der Gesamtbevölkerung aus; laut der letzten Volkszählung im Jahre 1931 ist dieser Prozentsatz auf weniger als achtzehn gefallen. Seit 1931 ist der Jischuw wieder gewachsen. Man nimmt an, daß Palästina anstatt 180.000 Juden von früher heute 250.000 Juden zählt (zusammen mit den »Illegalen«, die jetzt vertrieben werden sollen). Aber die Araber haben während dieser Zeit nach allen zuverläßigen Schätzungen noch viel mehr an Zahl zugenommen, und es will scheinen, daß unser Prozentanteil gerade in den letzten Jahren des Aufschwungs noch weiter gefallen ist. Und das ist kein Zufall; es ist eine natürliche Erscheinung, »natürlich« unter den idiotischen politischen Zuständen, die in Palästina herrschen. Wir bringen das Kapital, das Land und seine Staatskasse werden reich; das zieht Araber aus Transjordanien an, wird bald auch Araber aus Syrien und aus dem Hedjas anzuziehen beginnen und sogar aus Mesopotamien (woher ein Zuzug, wie man hört, schon eingesetzt haben soll). Daß die Regierung diesem Prozeß der arabischen Ueberflutung ein Ende mache, dafür ist keine Aussicht vorhanden, auch dann nicht, wenn sie es wollte, denn jeder kann den Jordan überschreiten, besonders wenn er arabische Kleider trägt. Unlegale Araber zu »fangen«, ist viel schwerer als »unlegale« Juden. Je mehr wir in Palästina schaffen, umso rascher wird die Ueberflutung steigen. Das einzige, was dem entgegengestellt werden kann, ist eine große jüdische Einwanderung, und die wird nicht zugelassen. Man muß sich also doch einmal ernst die Frage stellen: wozu und für wen bauen wir da ein Land?

Wir bauen es nicht einmal für jene Einzelne und Wenige, die das Glück hatten oder haben werden, sich »legal« einzuschleichen, um von Milch und Honig zu genießen. Welches Ende das Geschick einer reichen und kulturell hervorragenden jüdischen Minderheit haben kann, das haben wir in Deutschland gesehen; und die Araber sind wilder als die Deutschen und haben — von jhrem nationalistischen Standpunkt aus — uns mehr vorzuwerfen als die Hitleristen.

Es ist bitter, das sagen zu müssen, aber es ist die reine Wahrheit: bis jetzt war, die Sache staatszionistisch gesehen, unsere ungeheuere Arbeit umsonst. Ja, wir haben den Beweis erbracht, daß wir erstklassige Kolonisatoren sind, daß wir sowohl mit der Kraft unserer Intelligenz und unseres Kapitals neue Unternehmungen schaffen als auch mit unseren Händen im Schweiße unseres Angesichtes arbeiten können. Aber das Resultat, das historische, das endgiltige Resultat — das droht die schrecklichste Enttäuschung unserer Geschichte zu bleiben.

Und einzig schuldtragend daran ist das politische Regime. England spielt auf dem wichtigsten und heiligsten Gebiet unseres nationalen Lebens jetzt die Rolle des Feindes und Verfolgers. Manchmal spielt es diese Rolle offen und zynisch und frech, wie zum Beispiel jetzt; in normalen Zeiten spielt es dieselbe abscheuliche Rolle ruhig, gelassen, »korrekt«, ja mit dem liebenlwürdigen Lächeln eines »guten« Oberkommissirs, der die Mitglieder der Jewish Agency zum Nachtmahl einlädt und jüdischen Kolonien Besuche abstattet. Die Art, der »Modus« ist unwichtig, wichtig ist der Endeffekt, und der ist seit den Zeiten Allenbys derselbe: jedes Regime in Palästina, das nicht bestimmt und beeinflußt wird vom Prinzip der Schaffung eines jüdischen Staates, kann nichts anderes sein als ein antizionistisches Regime, und alle unfaßbaren Wunder unserer in der Tat denkwürdigen Aufbauarbeit können so nur zu dem einen Resultat führen: Wir werden ein Paradies schaffen, auf das es uns dann genommen werde und wir vertrieben werden — wie in Deutschland.

2.

Nun besehen wir die »Situation« von der zweiten, der inneren Seite, sehen wir nach, was es in der zionistischen Bewegung gibt.

Die offizielle Zionistische Organisation steht den Ereignissen von Angesicht zu Angesicht im Zustand der Ohnmacht gegenüber, ohne Möglichkeit und ohne Plan, ohne Wissen, wie zu reagieren. Es ist kein Zweifel mehr, daß die meisten ihrer Führer die Lage, die ich im vorigen Kapitel beschrieben habe, nun klar erkennen; noch mehr, ich bin bereit ihnen sogar ein weiteres Kompliment zu machen und dem Glauben Ausdruck zu geben, daß sie auch die Unmöglichkeit einsehen, diese »Situation« durch gewöhnliche Verhandlungen mit der Regierung in London oder in Jerusalem zu verbessern. Durch solche Verhandlungen kann man vielleicht die besonders hooliganmäßige Auswirkungen, wie die »Razzien« und ähnliches, aufhören machen; der Endeffekt aber bleibt. Ihn zu ändern, dazu braucht man andere Mittel. Man muß zunächst vor die ganze Oeffentlichkeit den Gegensatz hinausstellen, der zwischen dem System des Mandatars und unseren Interessen besteht. Ein Weltdruck ist zu erzeugen, der der englischen Regierung sehr unangenehm sein wird (denn eine Regierung, und besonders eine englische, macht nur jenen Faktoren Konzessionen, die ihr unangenehm sind). Aber die Führer des offiziellen Zionismus werden diesen einzigen Weg nicht beschreiten. Ich besitze in meinem Lexikon bittere Wörter genug, um erzählen zu können, warum sie das nicht tun werden; das »Warum« ist hier unwichtig und uninteressant; die Hauptsache ist, daß sie es weder tun werden noch können. Mit anderen Worten — sie werden überhaupt nichts tun, denn Kleinigkeiten, halbe Mittelchen und Flickereien angesichts der so aussehenden »Situation« sind gleich nichts.

Viele träumen noch fort von einer vereinten Front, von Frieden zwischen den Parteien, auf daß der Kampf gemeinsam geführt werde. Meine persönliche Antwort ist: bitte sehr, machet den Versuch, mag euch Gott helfen. Nur eine Bedingung: es komme eine Einigung zustande um des Kampfes Willen gegen das Regime in Palästina und nicht eine Einigung, um mit beiden politischen Händen in der Tasche dazusitzen und mit den Zähnen zu knirschen, da man zusehen muß, wie mit unserem Geld und Schweiß ein arabischer Staat gebaut wird. Macht den Versuch! Ich wünsche ehrlich und aufrichtig Erfolg. Aber ich glaube ehrlich und aufrichtig nicht an diesen Erfolg.

Und wenn ich nicht an ihn glaube, so nicht aus Eifersucht und Haß und aus der Hartnäckigkeit des »Nicht-Gönnens«, das jetzt bei den Spitzen des offiziellen Zionismus herrscht (das »Nicht-Gönnen« gegen-

Was dementiert wird und was nicht

Die sozialistische Exekutive der Zionistischen Weltorganisation ist von der grausigen Wirklichkeitstragik des jüngsten politischen Kapitels im Zionismus, wie es Großbritannien in den letzten Tagen und Wochen dem jüdischen Volke zu diktieren geruht, offensichtlich **nicht sehr erschüttert.** Auch in dieser schmerzlichsten Stunde des Judenvolkes, haben die Herren der Jewish Agency ihre Ruhe bewahrt, ihren Humor nicht eingebüßt.

Die zionistischen Sozialisten werden schon wissen, warum sie die jüdischen Massen in einer optimistischen Seelenverfassung erhalten müssen. Geht es dem Zionismus schlecht, so befindet sich ja der Sozialismus in Palästina im triumphalen Vormarsch. Man muß daher nur richtig zu manövrieren verstehen, auf daß die Geldquellen, von den jüdischen Massen geholt, nicht versiegen. Ist die zionistische Politik auch dem völligen Zusammenbruch nahe gebracht worden, es lebe das Geld aus dem »**Mifal Arlosoroff**«.

Schreitet England offenkundig an die Liquiedirung seiner Mandatsverpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volke, indem es sich an die Massenaustreibung von Juden aus dem Jüdischen Nationalheim heranmacht, nun es lebe ein neuer frischfröhlicher Krieg gegen den staatszionistischen Revisionismus! Verkündet die englische Regierung von der Parlamentstribüne in London, daß Palästina schon in den nächsten Wochen von einem **Gesetzgebenden Rat** mit arabischer Mehrheit regiert werden wird, — wohlan wir sozialistische Führer der zionistischen Politik Palästinas wollen keinen zionistischen Burgfrieden, schon gar nicht mit Jabotinsky und seinesgleichen! Das könnte uns ja in den Augen der II. und III. Internationale kompromittieren.

Die Dementierspritze soll helfen

Wenn die sozialistischen Beherrscher der zionistischen Weltorganisation von Staatsraison und nationaler Eintracht noch immer nichts verstehen, den Gebrauch der Dementierspritze haben sie manchem Staatsapparat rasch abgeguckt. Ein schwächliches Dementi des palästinensischen Sozialistenführers Mosche **Shertok**, des verantwortlichen Leiters der zionistischen Politik in Erez Israel, gegen die Jerusalemer Nachrichten des »Judenstaat« über die jüngste Offenbarung des High Commissioners zur Vernichtung des Mandats und Aufhebung der Balfour-Deklaration, dafür aber eine kräftige **Ableugnung und Ablehnung eines nationalen Burgfriedens** zur Abwehr des bereits mitten in seiner Auswirkung rollenden Vernichtungsschlages gegen das Jüdische Nationalheim.

Die Herren Linken haben aber mit jhren Dementis nicht weniger Pech als mit ihrer Politik. Die alarmierende Berichte des »Judenstaat« über die brutale antizionistische Offenbarung des High Commissioners wurden bald auch von anderer Seite bestätigt. Was gäben wir Revisionisten — und jeder Zionist mit uns — dafür, wenn solche Berichte sich als unwahr, oder zumindest als übertrieben herausstellen! Mit der größten Genugtuung würden wir uns selbst dementieren. Aber früher muß Herr Shertok den Mut zur Wahrheit finden und statt eines nichtssagenden formalen Dementis der jüdischen Welt klipp und klar verraten, was Sir **Wauchope** denn doch gegen die Verwirklichung des Zionismus und wider das verbriefte Recht des jüdischen Volkes auf die Wiedererrichtung der nationalen Heimstätte zum Ausdruck brachte. Wenn Herr Shertok sich an die Geheimhaltung verpflichtet fühlt und das ihm und seinem politischen Zwillingsbruder **Ben-Gurion** zuteil gewordene Geheimnis nicht preisgeben kann, — die Revisionisten empfinden diese Verpflichtung nicht. Wir haben dem jüdischen Volke Treue zugeschworen und nicht einem fremden Faktor, der sich obendrein zusehends zum Feind des Zionismus entwickelt.

Im Jahre 1929 bekam man das gleiche Schauspiel geboten. Die Revisionisten gaben dem jüdischen Volke Kunde vom verhängnisvollen **Weißbuch** Lord Passfields, während die Zionistische Exekutive und die Jewish Agency uns auch zu jener Zeit der Verletzung von »Staatsgeheimnissen« zeihen zu müssen glaubten. Wir taten es damals, um das jüdische Volk zum Kampf für seine Rechte aufzurufen und wir behielten Recht. Wir rufen auch jetzt die jüdischen Massen zum Widerstand und zum unbeugsamen Kampf gegen Mandatsbruch und wider jüdische Entrechtung in Erez Israel auf. Wir scheren uns nicht um Berichtigungen einzelner Worte oder Ausdrücke; die Untaten der palästinensischen Regierung gegen unser gemartertes Volk schreien zum Himmel. Diese politische und administrative Praxis bedarf keiner weiteren Erhärtung und verträgt keinerlei Dementis mehr.

Anders ist es mit dem Dementi und der Ablehnung eines nationalen Burgfriedens. **So frivol hat keine Partei noch mit dem Schicksal ihres Volkes gespielt.** Ohne die Entscheidung der Revisionisten abzuwarten, ob sie es moralisch tragbar empfinden, die bankrotte Politik jener Partei zu stützen, die durch ein halbes Jahr hunderttausend staatszionistische Patrioten des Mordes an einem zionistischen Führer beschuldigte, mit dieser Verleumdung eine erschreckliche Kongreßwahl inszenierte und den XVIII. Zionistenkongreß mitten in der Tragik der ganzen jüdischen Gemeinschaft zur Posse eines Parteigerichtes herabwürdigte, hat sich die sozialistische Parteimaschine in Palästina und Polen flugs mit der Versicherung beeilt, daß an einen nationalen Burgfrieden gar nicht gedacht werde. Fürwahr, den Revisionisten wurde so der Gewissenszwang einer schwierigen Entscheidung erspart, die sozialistische Exekutive der zionistischen Weltorganisation kann ungehemmt den Bankrott der zionistischen Politik nach innen und außen fortsetzen. Vom ersten Schock erholt, hat diese Exekutive ihren Humor für Dementis und Beschwichtigungen wiedergefunden.

Ein ehrenvolles Angebot an zionistische Führer

Was aber merkwürdigerweise nicht dementiert wird, ist, daß der High Commissioner diesen wohlgelaunten jüdischen Führern den Antrag stellte, **sie mögen ihn bei der Behinderung der »illlegalen« Judeneinwanderung nach Palästina behilflich sein.** Die so redseligen sozialsitischen Führer haben in ihren Berichten durch die JTA nicht mit einem Worte erwähnt, ob und was sie den High Commissioner auf dieses unerhörte Angebot engegneten. Oder hat am Ende der High Commissioner den Mut zu diesem Angebot aus der Tatsache geschöpft, daß der Einwanderungsreferent in der zionistischen Exekutive schon vor Wochen öffentlich den Kampf der offiziellen zionistischen Instanzen gegen die »illegale jüdische Einwanderung« nach Erez Israel verkündete?! Wie dem auch sein mag, viel wird die palästinensische Regierung von solchen jüdischen Führern nicht halten, wenn sie sich erkühnt, deren Beihilfe für die Aussperrung von Juden aus dem jüdischen Lande anzufordern.

Es ist auch nicht dementiert worden, daß die Anglo-Palestine Company bereits dazu gebracht wurde, vom Drei Millionen Mark-Transfer mit Deutschland **eine Million als Darlehen für die sozialistische Agrargenossenschaft »Nir«** in Palästina zu bestimmen. Die revisionistische Presse hat hierüber einen köstlichen Brief eines zionistisch-sozialistischen Emissärs in London an Parteistellen in Polen veröffentlicht. Man erfährt daraus, wo und wieso unsere Linke in Palästina ihre riesigen Gelder auftreibt. All dies verblaßt jedoch gegenüber der Tatsache, daß der sozialistische Zionismus vom Warentransfer Deutschlands nach Palästina eine Million Mark für eine seiner Genossenschaften zur Verwendung bekommen soll.

Soll man etwa in diesem nachträglichen Faktum die Ursache des ganzen Transferabkommens mit Deutschland und der so warmen Parteinahme der Linken für dieses Abkommen am Kongreß suchen? Wo ist die Dementierspritze gegen dieses Schreiben eines sozialistisch-zionistischen Emissärs, das unglücklicherweise in revisionistische Hände geriet? Es ist recht so: Unsere sozialistische Exekutive lehnt einen Burgfrieden mit Staatszionisten ab. Mit Nazi-Deutschland haben sie den Burgfrieden schon am Prager Kongreß abgeschlossen...

Leviticus.

über den Revisionisten, die in ihrer Kritik des Mandatar-Regimes recht behalten haben). Das sind zwar wichtige psychologische Motive. Aber es gibt viele wichtigere Hindernisse, die im Wesen der Konstruktion der Zionistischen Weltorganisation liegen. Ein Gutes (eine bittere Art von »Gutem«) hat der letzte Kongreß doch gebracht: er hat nämlich endlich den Grundfehler dieser Konstruktion aufgezeigt; nur fürchte ich, daß dies bei uns viele noch immer nicht verstehen.

Der Grundfehler der Zionistischen Weltorganisation liegt darin, daß sie bis auf heute eine »einheitliche« Körperschaft zu bleiben versucht. Das ist seit langem schon nichts anderes als eine leere Fiktion. Solange die Bewegung jung war — »Kindheit« wäre hier ein passenderer Ausdruck als »Jugend« — war sie in der Tat einheitlich; aber Reife bringt Differenzierung mit sich, und der Prozeß der Differenzierung hat bei uns einen Grad erreicht, da es sowohl psychologisch als auch objektiv unmöglich ist, eine mechanische »Einigkeit« einzuhalten. Es ist nun schon seit langem eine Fiktion, daß die Weltbewegung als eine Gemeinschaft mit einer Leitung weiter existieren könne und nur die einzige Frage auftauche, wer »die Leitung übernehmen« werde, und das darum der Streit der Parteien bei den Kongreßwahlen gehe und daß sich alle anderen Richtungen unterwerfen müssen, wenn es der einen Partei gelingt, die Leitungsmacht zu ergreifen. Das ist doch kindische Phantasie. Und die ersten Wochen nach dem Prager Kongreß haben gezeigt, wie kindisch sie ist. In Prag gelang es ja auch einer der Richtungen, die Leitung in ihre Hand zu bekommen. Was war das Resultat? Alle sehen es und alle sprechen darüber: die »Weltorganisation« ist im Zerfallen begriffen, weil es psychologisch einfach ausgeschlossen ist, daß die »anderen Richtungen« sich einer Führerschaft »unterwerfen«, in deren Augen diese zunächst einmal keine zionistische ist. Bis jetzt pflegte man sich damit zu trösten, daß »separatistische« Tendenzen nur bei den Revisionisten vorhanden sind. Nun ist auch dieser Trost verschwunden.

Das ist aber noch nicht alles. Ich fürchte, daß es so bei vielen von denen, die mit der Prager Leitung unzufrieden sind, im Herzen siedet und daß sie nach »Revanche« dürsten. »Warte, warte«, sagen sie, »bei den nächsten Wahlen werden wir die Sieger sein und dann wird die ganze Leitung unser sein und dann werden wir euch euere Sünden heimzahlen«. So? Große Freude für die »einheitliche Weltorganisation«. Wenn morgen eine Leitung aus reinen Judenstaatlern und Gegnern des Klassenkampfes entstehen sollte, so wird sich die Gegenseite genau so »unterwerfen« wie sich heute die in Prag Besiegten unterwerfen. Dann werden sie die Fonde boykottieren und selbständige Unterhandlungen in London und Genf führen. Man kann Menschen, die in Wirklichkeit verschiedene Ideale und verschiedene Methoden des Arbeitens haben, nicht zwingen, sich mechanisch dem Ausgang einer zufälligen Wahlkampagne zu unterwerfen. Jeder »Sieg« kann hier nur einen Schritt weiter auf dem Wege des Zerfalls bedeuten. Die zionistische Weltbewegung kann künftighin nicht mehr als eine Gemeinschaft mit einer Leitung bestehen. Das mag unangenehm sein oder nicht, aber wer das nicht einsieht, für den habe ich nur einen Rat: er kaufe sich ein Paar gute Brillen, um schärfer hinsehen zu können.

Es gibt nur einen Weg, um die Einigkeit wenigstens teilweise zu retten. Das ist die Anerkennung des Faktums, daß die Weltbewegung sich tatsächlich in einige selbständige Gruppen geteilt hat, die Anerkennung dieser Selbständigkeit und die Umwandlung der Weltorganisation in eine freie Konföderation von souveränen Parteien, in eine Art »Entente« mit einem gemeinsamen Kongreß, der die Einigkeit auf jenen Gebieten manifestiert, auf denen es auch wirklich Einigkeit gibt; vielleicht mit einer föderativen Exekutive, die alle jene Geschäfte zu führen hat, über die Einverständnis herrscht, und jene bleiben lassen muß, über die Einverständnis nicht vorhanden ist und die von jeder Partei selbst und in deren Art besorgt sein wollen. Ich bin sicher, daß es bei einem solchen System viel leichter wäre, in vielen Dingen Einverständnis zu erzielen, bei denen eine gemeinsame Sprache nicht gefunden werden kann, weil jetzt der Neid und der Haß störend wirkt, die »Prestigewahrung« um jeden Preis, die Hartnäckigkeit des »Nicht-Gönnens«, die Illusion von der »Aufzwingung der Disziplin«, einer »Disziplin«, die nicht existiert und nicht existieren kann.

Viele werden meiner Worte wegen, vielleicht erschrecken, da sie sich von der Hoffnung nicht lossagen wollen, ob es nicht denn doch gelingen könnte, die alten naiven Zeiten von einer Herde und einen Hirten wiederherzustellen. Nun, machet den Versuch! Das einzige Resultat wird sein, daß man aus der Zionistischen Organisation Parteien feierlich hinauswerfen wird, die historische Verdienste haben, oder einzelne Zionisten, deren Namen in der Geschichte des Zionismus ehrenvoll verzeichnet sind. Ein großes Gewinnst für die »Einheitlichkeit«!

3.

Vorläufig aber herrscht auf allen Fronten das Tohuwawohu. In Palästina bauen wir ein nationales Heim für unsere Gegner. Die Mandatarmacht weiß das, und sie hilft in ihrem traditionellen Leichtsinn unseren Gegnern ungeachtet dessen, daß das im Gegensatz zu ihren Verpflichtungen steht und daß unsere Gegner vor allem ihre Feinde sind. Die Leitung der sogenannten Weltorganisation steht dabei und sieht in gelähmter Ohnmacht zu, und das einzige Heil, an das sie denkt, ist, Parteien und Personen »hinauszuwerfen«, die es einen Pfifferling angehen wird, ob sie »hinausgeworfen« werden oder nicht.

Es ist nicht Parteistolz, es ist einfach die bestehen-Wahrheit, wenn ich sage: mitten im Tohuwawohu hört man nur eine einzige Stimme, in der der Ton des klaren Willens von Menschen erklingt, die wissen was sie wollen und an sich und ihre Kampfmethoden glauben.

Zeugen zertrümmern die Anklage

Jaffa, 24. November (JTA). Am 22. und 23. November wurden vom Jaffaer Gericht wieder einige Vernehmungen und Vorführungen gegen die der Beteiligung an der Ermordung Dr. Arlosoroffs Beschuldigten durchgeführt. Der Führer der palästinensischen Jungrevisionisten Aba Achi Meir erklärte, weder er noch die Revisionisten trügen irgendwelche Mitschuld an der Ermordung Dr. Arlosoroffs. Er behalte sich vor, eine zusammenhängende Darstellung zu seiner Verteidigung zu geben.

Ein 12jähriges Mädchen, Rosa Bochrov sagte unter Eid aus, sie habe in der Nacht des 16. Juni, in der Dr. Arlosoroff um 11 Uhr am Strande von Tel-Aviv erschossen wurde, Abraham Stawsky, einen der beiden Männer, die dieser Tat beschuldigt werden, in einem Restaurant in Jerusalem gesehen. Vierzehn Tage später habe sie ihn im Gefängnis wiedererkannt. Eine Photographie Stawskys sei ihr vorher nicht zwecks Erleichterung der Identifizierung gezeigt worden.

Der Bruder des Mädchens, der aus London gebürtige 16jährige Chaim Bochrov, der seit $9^1/_2$ Jahren in Palästina lebt, erklärte ebenfalls unter Eid, er habe in jener Nacht in der Gesellschaft einiger ihm bekannter Gäste des Restaurants einen fremden gesehen und später in Stawsky diesen Mann wiedererkannt.

Am folgenden Verhandlungstage wurden zwei weitere Zeugen vernommen, durch deren Aussagen das Alibi Stawskys gestützt wird. Der erste Zeuge, Arieh Vorbel, erklärte, er habe an jenem Abend Stawsky um etwa 8 Uhr 30 in dem Restaurant gesehen, in dem er selbst die Abendmahlzeit eingenommen habe. Um 8 Uhr 45 habe er das Lokal mit Chaim Bochorov verlassen.

Sara Rechtscheit, eine ehemals in dem Restaurant beschäftigte Kellnerin, bestätigte gleichfalls, daß sich Stawsky zur angegebenen Zeit im Restaurant aufgehalten hat. Sie habe sich bisher als Zeugin nicht gemeldet, weil sie illegal ins Land gekommen war und die Feststellung dieser Tatsache vor dem Gericht fürchtete. Erst jetzt, nachdem ihre Rechtslage durch Verheiratung gesichert worden sei, habe sie vor Gericht erscheinen können.

Der Verhandlung am 23. November wohnte zum ersten Mal der bekannte Londoner Rechtsanwalt Horace Samuel bei, der im etwaigen Hauptverfahren die Verteidigung der Angeklagten führen wird. Der Anwalt hielt Besprechungen mit den bisherigen Verteidigern ab.

Gemenidewahlen in Palästina

Jerusalem. Arabischen Zeitungsmeldungen zufolge sollen in drei Monaten in ganz Palästina Gemeindewahlen durchgeführt werden. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß diese Meldungen verfrüht sind und daß Mitteilungen über den genauen Zeitpunkt der Wahlen noch nicht gemacht werden können.

Tunkeller: **Rassentheorie**

In einem gewissen Land werden letztens alle Wissenschaften, die elementaren und die hohen, gelehrt, studiert und geforscht, gemäß einer einzigen Methode: der Rassentheorie.

Dieses Prinzip durchzieht gleich einem roten Faden alle philosophischen und humanistischen Lehren, die religiösen Weltanschauungen und die Naturwissenschaften. Kunst und Technik, Handel und Gewerbe, Wirtschaft und Oekonomie, allerlei Dissertationen und Referate, Theaterstücke, Couplets, politische Reden, Monologe, Kindererzählungen — sie alle bewegen sich rund um die Rassentheorie.

Wir bringen — zu Zwecken der Belehrung — hier einige Muster aus verschiedenen Wissenszweigen unter dem Gesichtswinkel der Rassentheorie.

Mineralogie ist eine reinrassige Lehre, das Produkt der arischen Rasse. Sie, die Mineralogie, hat keinen jüdischen Vater, keine jüdische Urgroßmutter, keine drittgliedrigen jüdischen Cousins und nicht einmal einen getauften Urvetter. Sie hatte überhaupt kein Elternpaar. Soviel und so tief die Mineralogen auch gegraben haben mögen, sie sind auf keine Spur jüdischer Abstammung gestossen. Die Mineralogie ist aus einem Stein geboren. Deshalb ist sie auch die Lehre von den Steinen. Es gibt Steine niederer und höherer Kategorie. Mit anderen Worten: Steine niederer und Steine höherer Rasse.

Es gibt Steine, die aus dem Boden herauswachsen, und Steine, die vom Himmel herunterfallen. Niedere Rassensteine, wie die Kiesel- und Pflastersteine, eignen sich dazu, den Juden an den Kopf geworfen zu werden. Die Edelsteine hingegen wie Diamanten und Brillanten dazu, den Juden abgenommen zu werden, denn diese sind ohnehin steinreich. Die einzigen Steine, auf die die Juden ein Recht haben sind die Gallensteine. Den Juden kommen auch jene Steine zu, die Grabsteine genannt werden und die auf deren Friedhöfen ausgestellt sind, auf daß die studierende Rassejugend sie herausreissen könne.

Zur Mineralogie gehören auch die Mineralwasser, die die Juden mit Beschlag belegt haben, und zwar die besten rassischen Mineralwasser wie Salzwasser für den Pessach-Seder, das „Nägel-Wasser" für den Morgen und das echte Rasse-Wasser „Majim achronim" für Nach-Tisch. Den Anderen überlassen haben die Juden nur das bißchen Bier und das Bock-Bier.

Zum Schluß muß noch bemerkt werden: die Juden haben letztens wieder einige Mineralien mit Beschlag belegt. Sie produzieren aus Pech und Schwefel Greuelpropaganda, die nur durch Blei und Eisen abgewehrt werden kann.

Medizin ist eine Lehre, die es mit den Krankheiten zu tun hat. Richtiger: mit den Rassenkrankheiten. Denn Krankheiten sind eine Rassenangelegenheit. Es gibt jüdische und arische Krankheiten, höhere und niedere Krankheiten. Höhere Rassen leiden an höheren, niedere Rassen an niederen Krankheiten. Hömorrhoiden z. B. sind eine niedere Krankheit, der niederen Rasse, den Juden zugehörig. Alle anderen leiden nie an Hömorrhoiden. Deren Krankheit ist vielmehr eine ganz erhabene Krankheit, eine obere Krankheit sozusagen, wie es für Uebermenschen paßt. Sie sind im Kopf krank, im Hirn, im Oberstübchen. Arische Hömorrhoiden gibt es nicht, hingegen gibt es „hömorrhoidale Arier", was eben eine Krankheit ist, die geheilt werden muß. Mit der Medizin befassen sich Aerzte. Die jüdischen Aerzte machen die Arier justament krank. Weil sie so große Gelehrte sind, Nobelpreisträger und Weltberühmtheiten, verschaffen sie den anderen Herzweh, Kopfschmerzen und das Galleübergehen.

Deshalb müssen die jüdischen Aerzte weg. Die Juden kann man mit anderen Mitteln und Medikamenten heilen. Mit Hungerkuren, Zur-Ader-lassen, mit Beurlaubungen und mit Erholung in den prachtvollen Konzentrationslagern.

Man muß eingestehen, daß die arische Medizin jetzt auf sehr hoher Stufe steht und einfach Wunder zeigt. Sie macht Tote wieder lebendig. Sie macht jüdische Großmütter und Großväter wieder auferstehen, Leichen, die seit hundert Jahren in den Gräbern liegen, kommen zum Vorschein, ans helle Tageslicht, werden zergliedert und zerlegt, auf daß man aus ihnen die gehörigen medizinischen Ergebnisse für die lebendige jüdische Rasse gewinnen könne.

Chemie ist die Lehre von den Elementen. Chemie ist ziemlich verbreitet, denn es gibt viele dunkle und finstere Elemente. Die alte Chemie sprach von den Elementen Wasser, Feuer, Luft und Erde. Nun ist ein fünftes Element hinzuzufügen: der Arierparagraph.

Unter den Elementen gibt es zwei arische und zwei semitische. Zu den ersten gehören das Wasser — für Friedensreden und das Feuer — für Reichstage etwa. Hingegen haben sich die Juden der Luft zum Handel bemächtigt und der Erde, um wo zu liegen zu haben.

Chemie ist auch die Lehre von den Elementenverbindungen. So ist Kultur mit Hooliganismus verbindbar, Krieg mit Frieden, zynisches Lachen mit Krokodilstränen usw. Letztens sind auch einige neue chemische Umwandlungsmöglichkeiten entdeckt worden. Um nur eine zu nennen: aus einer ganzen jüdischen Gemeinschaft ist Asche geworden!

*

Das sind nur einige Stichproben aus dem reichen Gebiet der angewandten Rassentheorie! Ihr unterliegen ja auch solche Gebiete wie Hühnerzucht, die Kunst der Photographie, die Zahntechnik — kurz Rassentheorie über alles!

Was will England in Palästina?

Die jüngsten Maßnahmen der Palästina-Regierung gegen die jüdische Einwanderung haben in der Weltpresse angesichts der akuten Problematik der jüdischen Bevölkerungssituation in Europa das lebhafteste Echo gefunden. Die britische Mandatspolitik wird hiebei eingehend und scharf kritisiert. Einen interessanten Beitrag zu dieser Diskussion liefert die »Frankfurter Zeitung«. Unter dem Titel »Mandatskrise in Palästina?« streift das Blatt zunächst die Krise des Mandatssystems überhaupt, um dann mit Beziehung auf Palästina die sogenannten panarabischen Bemühungen einer Betrachtung zu unterziehen, auf die auch die Politik der palästinensischen Araber gerichtet sein soll. Im Anfangsstadium von heute komme diese Tendenz der Araber dadurch zum Ausdruck, meint das Blatt, daß eine Vereinigung Palästinas mit dem Transjordanland unter einer von England kontrollierten Oberherrschaft des transjordanischen Emirs Abdullah bei gleichzeitiger formaler Aufhebung des britischen Mandats angestrebt wird. Das Blatt schildert die verschiedenen arabischen Gruppen — »Clans« nennt es sie mit viel Berechtigung — und sagt:

»Ein Grundmotiv ist all diesen verschiedenen Gruppen gemeinsam: die Politik der englischen Mandatsverwaltung wird hier als das empfunden, was sie seit Jahren zu sein scheint, nämlich als schwankend und unklar, und hieraus zieht die arabische Politik die Konsequenz, daß es möglich sein werde, mit entsprechender Taktik die arabischen Forderungen früher oder später durchzusetzen. Ueber die Art dieser Taktik ist man sich nicht einig, über das Ziel aber durchaus, und einig ist man sich auch darüber, daß dieses Ziel erreichbar sei.«

Das Blatt stellt sich dann die Frage, was England in Palästina wolle und führt aus:

»Die englische Stellung in Palästina ist vor allem auch von strategischer Bedeutung. Diese lag schon immer darin, daß Palästina die Nordflanke der Suez-Kanal-Position deckt und den Ausgangspunkt des Landweges nach Indien darstellt. Sie wird aber in nächster Zeit noch viel wichtiger durch den Bau der Erdölleitung Kerkuk-Haifa werden. Haifa wird hiermit die Oelbasis der britischen Mittelmeerflotte. Die Entfernungen von Haifa nach den britischen Stützpunkten im Mittelmeer betragen im Durchschnitt nur etwa den siebenten Teil der Entfernungen von Abadan am Persischen Golf (Anglo-Persian Oil Co.) über Suez nach diesen Stützpunkten. Was das strategisch bedeutet, braucht nicht näher auseinandergesetzt ze werden. Außerdem ist der Transport des Erdöls in den unterirdischen Leitungen nach Haifa nicht von den Zufälligkeiten abhängig, denen Schiffstransporte im Ernstfall heute immer unterliegen, er kann nicht durch Unterseebote im Indischen Ozean, vor Suez oder vor Port Said gestört werden, ein erfolgreicher Angriff von irgendeiner Seite auf den Suez-Kanal würde ihn ebenfalls nicht berühren. Hierin liegt der eigentliche Grund für den Ausbau des Haifaer Hafens, dessen feierliche Eröffnung gerade in die Tage der jüngsten Unruhen fiel. Es liegt auf der Hand, daß England eine solche strategische Schlüsselstellung ersten Ranges, die heute für das Empire so wichtig ist, niemals verlassen wird, solange es überhaupt noch als Weltreich existieren will. Aber gerade hierin liegt die Erklärung dafür, daß die Engländer sich in dieser Position um »Kleinigkeiten« scheinbar nicht sehr kümmern. Ihnen liegt in der Hauptsache daran, die strategischen Punkte und Linien in der Hand zu behalten, also den Hafen von Haifa, die Eisenbahnen, ferner die große strategische Stellung, die in der Erdölleitung selbst besteht (deutlich mit der Front nach Norden), und die in ihren acht Pumpstationen sehr bald Verteidigungspunkte von hohem Wert besitzen wird. Was um diese Punkte und Linien herum vorgeht, ob dort arabische Großgrundbesitzer ihre Pächter in alter Feudalabhängigkeit halten oder ob jüdische Kolonisten Orangenpflanzungen anlegen, das ist den Engländern, politisch betrachtet, ziemlich gleichgiltig.

Nicht gleichgiltig ist es ihnen freilich in wirtschaftlicher Hinsicht. Palästina ist infolge der jüdischen Einwanderung heute so ziemlich das einzige Land der Erde, dessen Staatshaushalt echte Ueberschüsse in einem relativ bedeutenden Umfange abwirft. Das heißt mit anderen Worten, daß die jüdische Einwanderung den Engländern die oben umrissene strategische Position von höchstem Wert finanziert. Ohne die jüdische Einwanderung hätte der englische Steuerzahler hierfür erhebliche Mittel aufwenden müssen. Mit ihr erzielt er hieraus Ueberschüsse — ein ganz ungewöhnlicher Glückszufall!

Hier haben wir also das Motiv, oder doch das wichtigste Motiv für Erklärungen, wie sie im Laufe der letzten Monate von sehr prominenten englischen Staatsmännern abgegeben worden sind: Die Juden sollten in Palästina nur ihre Forderungen stellen, man würde sie dann schon bewilligen. In dem Augenblick aber, in dem sich irgend welche Gegenwirkungen von arabischer Seite bemerkbar machen, waren diese Erklärungen vergessen; und zwar deshalb, weil die Engländer zwar den wirtschaftlichen Aufschwung Palästinas aus den angedeuteten Gründen sehr gerne sehen, weil ihnen dieser aber lange nicht so wichtig ist wie politischer Frieden in Palästina, wenigstens äußerlicher, und zwar mindestens so lange, bis sie ihre strategischen Punkte und Linien programmmäßig ausgebaut haben werden«.

Die »Frankfurter Zeitung« wendet sich dann der Frage zu, was unter diesen Umständen mit der jüdischen Einwanderung geschehen soll und schreibt:

»Es ist keine Frage, daß die jüngsten Erklärungen des Kolonialstaatssekretärs, Sir Philip Cunliffe-Lister, im Unterhause einen Erfolg der arabischen Politik darstellen. Es ist ebensowenig eine Frage, daß die neue Haltung der hiesigen Mandatsverwaltung gegenüber der »illegalen« jüdischen Einwanderung einen solchen Erfolg erkennen läßt. Worin besteht die »Illegalität«? Mit diesem Makel sind größtenteils solche Menschen behafett, die als Touristen ins Land kamen und ihre im allgemeinen für drei Monate erteilte Aufenthaltserlaubnis überschritten haben. (NB. Beduinen aus Transjordanien dürfen ganz offiziell ohne jede Paßkontrolle einwandern!) Nun besteht aber im Lande ein leicht nachzuweisender dringender Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Die Araber haben auch aus der verstärkten jüdischen Einwanderung — im Jahre 1933 dürften bisher etwa 35.000 Juden eingewandert sein, davon zirka 10.000 aus Deutschland — wirtschaftlich erheblichen Nutzen gezogen. Sie haben ihre landwirtschaftlichen Kulturen seit dem Sommer 1932 intensiviert und vergrößert, die Arbeitslosigkeit der Ungelernten unter ihnen — der europäische Begriff paßt hier nicht ganz — ist stark zurückgegangen. Die Pächter und Bauern haben für ihre Erzeugnisse einen vergrößerten und aufnahmsfähigen Markt. Wer wird also durch die »illegale« Einwanderung geschädigt? Es sind weder wirtschaftliche noch soziale Ziele, die durch einen Erfolg des arabischen Kampfes gegen die jüdische Einwanderung erreicht werden würden. Es handelt sich bei den arabischen Großgrundbesitzern, die diesen Kampf finanzieren, in wirtschaftlicher Hinsicht wesentlich darum, die fortschreitende Differenzierung des palästinensischen Arbeitsmarktes durch die Juden zu verhindern, um so dem Fellachen und Pächter auch fernerhin die Möglichkeit zu nehmen, aus seiner faktischen Hörigkeit herauszukommen. Es wird allmählich deutlich, daß hierin auch ein Stück »Anti Europäismus« liegt, das die Verbindung solcher grob-materiellen Motive mit der Ideologie der politischen panarabischen Bewegung herstellt. Gegenüber den Endzielen dieser Bewegung wird England aus den oben angedeuteten Gründen wohl niemals nachgeben, aber in Hinsicht auf jene rein materiellen Wünsche des arabischen Großgrundbesitzes macht es Konzessionen. Hierin liegt die Erklärung dafür, daß die Engländer zwar die Unruhen mit harter Hand niedergeschlagen, unmittelbar darauf aber ein Eingehen auf die arabische Einwandefeindlichkeit zu erkennen gegeben haben. Jedenfalls tragen alle diese Umstände dazu bei, die Mandatsverhältnisse unter verschiedenen Gesichtspunkten zu überprüfen«.

Wie man sieht, erfährt hier die englische Politik eine sich jenen Wahrheiten nährende Beleuchtung, die im jüdischen Lager nur von den offiziellen Herren, die für die zionistische Politik heute verantwortlich sind, verkannt werden. Die hier als erfolgreich geschilderte arabische Drucktaktik könnte sofort weniger wirksam sein, wenn das jüdische Volk dem Bewustsein seiner aufbauenden Energie das seiner politischen Kraft hinzufügte.

Aus Palästina

Die reichste Staatskasse der Welt

Wie aus einer in der letzten Nummer der »Palestine Gazette« veröffentlichten Statistik hervorgeht, hat die Palästina-Regierung in den Monaten April bis September 1933 einen Verwaltungsüberschuß von 593.595 Pfund erzielt; im September allein betrug der Ueberschuß fast 85.000 Pfund. Die Einnahmen betrugen 1,774.052 die Ausgaben 1,180.457 Pfund. Die Zolleinnahmen allein erreichten in diesen sechs Monaten 818.400 Pfund. Der größte Ausgabenposten war der für Polizei, Gefängnisse und das transjordanische Grenzkorps. Für diesen letzten Zweck wurden in der ersten Hälfte des Finanzjahres 59.000 Pfund ausgegeben. Bei gleichbleibenden Finanzverhältnissen ist also damit zu rechnen, daß Ende März bei Schluß des Finanzjahres ein Verwaltungsüberschuß von einer Million Pfund erreicht sein wird.

Die jüdische Kapitalseinfuhr

Das soeben erschienene Bulletin der Stadtverwaltung daraus zu ersehen, daß im Monat September 452 Einwanderer der Klasse A, die ein Eigenvermögen von mindestens 1000 Pfund haben müssen, nach Palästina gekommen sind. Von diesen Einwanderern waren nur zwei Christen, alle übrigen waren Juden. Der jüdische Kapitalsimport betrug in diesem Monat somit mindestens 450.000. Unter Berücksichtigung der von Handwerkern, Mittelstandssiedlern, Arbeitereinwanderern und Studenten ins Land gebrachten kleinen Beträge wird man bei vorsichtiger Schätzung auf eine Gesamt einfuhr von mindestens 600.000 Pfund in einem einzigen Monat rechnen können.

Eine genaue Aufstellung über die in palästinensischen Banken deponierten Gelder, für die bisher noch keine Verwendungsmöglichkeit zu Investitionszwecken gefunden werden konnte, kann nicht gegeben werden. Man schätzt diese Beträge auf über 10 Millionen Goldmark. Es handelt sich zum größten Teil um jüdisches Kapital.

Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftsentwicklung in Tel Aviv

Das soeben erschienene Bulletin der Stadtverwaltung bringt bemerkenswerte statistische Angaben über Bevölkerungsbewegung und Wirtschaftsentwicklung in dem Ende September aubgelaufenen Verwaltungsjahr. Die Gesamtbevölkerung der Stadt ist auf etwa 80.000 Einwohner angewachsen. Die Zahl der Geburten betrug 2198 gegen 1930 im Vorjahre, die Zahl der Sterbefälle 689 gegen 634. Die Zahl der Eheschließungen ist von 757 auf 901 gestiegen, aber auch die Zahl der Scheidungen von 175 auf 240.

Die städtischen Einkünfte betrugen im August 15.886 Pfund, die Gesamteinnahmen im Halbjahr April bis September 83.783 Pfund gegen 54.771 Pfund im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres. Die Einkünfte aus Bautaxen haben sich verdreifacht, die aus Wassergebühren verdoppelt. Auch die übrigen Einnahmeposten zeigen wesentliche Erhöhungen. Von Januar bis Oktober wurden 1.877 Baubewilligungen für 8.224 Wohnräume und 256 Läden mit einer Baufläche von 276.901 m² erteilt. Während der ersten 10 Monate des Jahres 1933 wurden nur 1150 Bauvorhaben für 2.265 Wohnräume und 129 Läden auf 85.868 m² genehmigt. Durch den Hmaavir-Autobusdienst wurden im Verwaltungsjahr sechs Millionen Fahrtouren durchgeführt.

Handelsbeziehungen mit Belgien

In Tel-Aviv wird das Eintreffen einer belgischen Handelsdelegation erwartet, der Vertreter der belgischen Hauptindustrien angehören. Die Delegation wird die Möglichkeiten der Entwicklung der Handelsbeziehungen Belgiens mit Palästina und den übrigen Ländern des Mittleren Ostens studieren. Die Delegation wird ihr Standquartier in Tel-Aviv aufschlagen, wo sie auch die nötigen Vorbereitungen zur Errichtung eines belgischen Pavillons für die Levante-Messe treffen wird. Die Exportmöglichkeiten für belgische Waren nach Palästina sollen auf der Levante-Messe umfassend dargestellt werden. Der ganz aus belgischem Material, Stahl, Glas und Beton zu errichtende belgische Pavillon wird nach Plänen ausgeführt, die auf einer vor kurzem in Brüssel unter dem Vorsitz des Grafen van der Burch in Anwesenheit von Vertretern der Regierung abgehaltenen Besprechung belgischer Industrieller und Exporteure entworfen wurden. Der Pavillon soll auch Sonderausstellungen beherbergen, durch die belgische Kunst und Kultur der palästinensischen Oeffentlichkeit nähergebracht werden sollen.

Palästinastand auf britischer Reichsmesse

London. Viscountess Erleigh, Tochter Lord Melchetts und Schwiegertochter von Viscount Reading, hat auf der in London eröffneten Messe des britischen Reiches einen Palästinastand errichtet, auf dem die landwirtschaftlichen, industriellen und künstlerischen Produkte Palästinas zur Ausstellung und zum Verkauf gelangen.

Der ‚Fall' Arlosoroff, ‚Mifal' Arlosoroff und wir Revisionisten

von Moll

I.

Plötzlich ist es still geworden im blutig-roten Blätterwald der palästinensischen marxistischen Presse. Verstummt sind die Mordanklagen gegen die Revisionisten und gegen Achi Meir, Stawsky und Rosenblatt. Eine große Lüge ist zusammengebrochen!

Und doch sitzen jene Männer noch im Gefängnis. Manchmal, in Stunden des Rückblicks und des Ueberschauens der letzten Monate, kommt die ganze Ungeheuerlichkeit des »Falles Arlosoroff« zu Bewußtsein und man bewundert die Geduld der revisionistischen Massen. Und es drängt sich einem der Vergleich mit einer Justizschande auf, die wir ebenfalls in unseren Tagen erleben, die ebenfalls...

Ein Verbrechen geschah hier wie dort. Eine skrupellose Partei, von blindem Haß und zerstörender Herrschsucht erfüllt, will siegen — und sie baut vor der Welt ein Lügengebäude auf, frech und absurd, und in den Kerker wandern nicht jene, die die Gerechtigkeit sucht, sondern irgendwelche »Vertreter« jener Partei, die man vernichten will. Und die andere Ungeheuerlichkeit: das Volk glaubt die ungeheuere Lüge, das Volk hält uns für die Mörder und es wählt jene skrupellosen Männer, die um ihre Bonzengehälter zu retten, »siegen« müssen. Und sie »siegen«! Das jüdische Volk, soweit es zionistisch ist, hat in seiner Mehrheit die größte jüdische Lügenpartei dieses Jahrhunderts gewählt!

Doch das war vor dem Kongreß. Denn schon in Prag, am Kongreß selbst, fühlte man, daß das Lügengebäude gegen den Revisionismus zusammenbrechen werde und jene Schrecktelegramme, — angebliche Mordbeweise gegen Achi Meir, — waren der letzte Versuch, die »Stimmung« zu retten. Aber langsam gingen dem Volk die Augen auf. Bis es ganz still wurde im roten Blätterwald!

Ich erhalte häufig Briefe aus Palästina. Dinge, die in den Zeitungen nicht zu stehen pflegen, sind da zu lesen. Verdachtsmomente, die man aus »Pietät« oder aus anderen Rücksichten sich auszusprechen scheut. — Aber langsam beginnt die Wahrheit über den Mord am Tel-Aviver Strand durchzusickern.

Ueber den Zusammenbruch der Anklage gegen die drei »Angeklagten« haben die Zeitungen schon wiederholt berichtet. Achi Meirs Unschuld ist restlos bewiesen, die Untersuchung gegen Stawsky und Rosenblatt befindet sich im letzten Stadium — der Ergebnislosigkeit. So kämpfen sie gegen Verleumdung und Lüge; sieben Monate lang!

Ein Augenzeuge einer Gerichtsverhandlung erzählte mir, daß die »Angeklagten« furchtbar aussehen. Man kann sich ein Bild von der Behandlung machen, die sie als Revisionisten im Kerker genießen. Sieben Monate lang! Es ist das furchtbarste, daß Menschen sich an eine Sache »gewöhnen«. Daß man, wenn eine Katastrophe länger dauert, sich an sie »gewöhnt«, sie als selbstverständlich anzusehen beginnt. In sieben Monaten haben sich die Juden an diese beispiellose Justizschande »gewöhnt«. Aber wir Revisionisten werden nicht ruhen: Wir werden es den Juden so lange zurufen, bis das ganze Volk mit uns brüllen wird, daß es jener Lügenbande in den Ohren gellt: »Justizschande«! Juden, es kommt der Tag des jüngsten Gerichts!

II.

Zur Justizschande gesellt sich noch die Schändung des Namens des Toten. Kaum ein zweiter Name in unserer Geschichte ist so ausgenützt, für Parteizwecke mißbraucht, geschändet worden. Nun will man der Schändung die Krone aufsetzen und mit dem Namen »Arlosoroff« das große Geschäft machen.

So entstand der Plan des »Mifal Arlosoroff«.

Lange beriet die Finanzkommission des XVIII. Kongresses in Prag, wie man die leer gewordenen Kassen wieder flottmachen könne; wie man die Schuldenlast abtragen und das neue Budget decken könne: Da ersann ein findiger Kopf den »Mifal Arlosoroff«. Wer würde nicht mit vollen Händen geben, — sagten sie, — für die Aktion, die den Namen des ermordeten Führers trägt? Arlosoroff sei ja nicht nur ihr Führer gewesen, Sie verzichteten gerne auf das Alleinrecht. Er war ja ein jüdischer Führer. Alles wollten sie zugestehen, nur die »Konzentration der Geber« sollte geschaffen werden.

Daß die Revisionisten, die im »Mifal Arlosoroff« nichts anderes sahen, als eine neue Energiequelle zu ihrer Bekämpfung und Ausrottung, jede Mitarbeit ablehnten, ist klar. Man unterstützt nicht Fonde gegen sich selbst. Glaubt man wirklich, daß die »neuen Herren« nur einen Augenblick daran denken, andere als ihre eigenen Menschen den Erfolg der großen Aktion genießen zu lassen?

Aber nicht nur wir denken so. Auch der »Misrachi« lehnt jede Beteiligung an diesem »Mifal« ab. Und schließlich brach die letzte Hoffnung der »Linken«, die Teilnahme der »Allgemeinen«, zusammen. Man lese nur die Zeitung der galizischen »Allgemeinen«, denen sich letzthin auch die wolhynischen angeschlossen haben. Der Kongreß, — sagen sie, — habe ja noch einen anderen »Mifal« beschlossen, den »Mifal Ussischkin«, des Mannes, »der von der ganzen zionistischen Organisation in allen ihren Teilen als große Autorität betrachtet wird«. Und in glühenden Worten rufen die »Allgemeinen« zur »positiven Tat« auf: Arbeitet nur für »Mifal Ussischkin«.

Kein Wunder also, daß die getarnte Aktion der »Linken« erfolglos geblieben ist. Die jüdische Oeffentlichkeit hat noch keinen Rechenschaftsbericht erhalten; es gibt nichts zu berichten. Oder doch: Mit gewohnter Routine, »Beamtenposten« zu entdecken und mit »eigenen Leuten« zu besetzen, haben die Linken bereits eine »Zentrale für Mifal Arlosoroff« geschaffen, und auf Kosten des armen Volkes eine Anzahl von Parteifreunden versorgt. Dazu schreibt die Warschauer Zeitung »Di Welt« unter dem Titel »Die gelungene Exekutive« unter anderem:

»Die Linken, die den Kongreß beherrscht haben, haben eine große Aktion proklamiert: »Mifal Arlosoroff«. Man sollte meinen, daß es dafür doch an keinen Beamten vom KKL und KHJ fehlt. Und doch ist für diese Aktion eine spezielle »Zentrale« in Prag geschaffen worden, natürlich, damit in einer solchen koscheren Aktion nur »eigene« Menschen beschäftigt werden. Woher aber soll das assimilierte Prag die zionistischen Kräfte für die Zentralleitung einer solchen großen Aktion nehmen? Keine Sorge! Man wird eben ein paar Genossen »von auswärts« nehmen; das jüdische Volk hat schon lange genug die »Histadruth«-Bürokraten in Erez Israel, die ihm im Nacken sassen, ausgehalten. Es hat die »Kostkinder« mit einer eigenen Bank ausgestattet, mit Häusern und Gärten. Für die Zwecke der »Histadruth« fehlt es nie an Geld, so wie es für die gratis verteilten Schekalim zum Kongreß daran nicht gefehlt hat. Die Aktion »Mifal Arlosoroff« hätte nur ein paar Wochen dauern dürfen, um den KHJ nicht zu stören. Aber es sind schon einige Monate vergangen und der »Mifal Arlosoroff« hat, wie es scheint, außer großen Kosten — nichts gebracht. Und wie sollte er auch Geld einbringen? Die »Linken«, die reich sind, geben nichts »Ueberflüssiges«. Wer gewohnt ist zu nehmen, gibt nicht. Da hoffte man, daß das jüdische Volk geben werde. Aber...«

Aber die jüdische Oeffentlichkeit soll und muß erfahren, wie man »scheinheilig entrüstet und trauernd« mit dem Glauben und Vertrauen des Volkes Spott treibt. Wie lange wird dieses Volk sich noch von einer Partei der Lüge an der Nase herumführen lassen? Juden, schüttelt sie ab!

Linke Balkanmethoden — auch in Baden

Vergangenen Sonntag fand im Festsaale des Hotel Stadt Wien in Baden b. Wien der Jom ha Ken des dortigen Betar statt. Weit über 100 jüdische Bürger waren dem Ruf und der Einladung des jungen strammen Betar gefolgt, der seinen Appell unter der Parole »Gegen Feind in der Galuth und in Palästina« einberufen hatte.

Nach der österreichischen und jüdischen Bundeshymne hielt der Natziv Betar I. Goldstein eine längere Ansprache, in der er die Judenverfolgungen in Deutschland, die Einwanderungssperre durch England und den Abwehrkampf des Judentums behandelte. Es folgte dann die feierliche Uebergabe eines Wimpels, worauf der Präsident der Badener Kultusgemeinde, Herr Stern, das Wort zur Begrüßung ergriff, die in folgendem Satz endete: »Ich habe heute wieder Worte gehört, wie zur Zeit Theodor Herzl's. Wohl dem Volke, das eine solche Jugend (auf den Betar weisend) besitzt«. Als hierauf Herr Dr. Perl (Wien) das Wort zu einem politischen Referat ergriff und im Laufe seiner Ausführungen auch auf den »Mifal Arlosoroff« zu sprechen kam, sprangen die im Saale anwesenden »Linken« auf Signal von ihren Sitzen auf und begannen wild zu schimpfen und um sich zu schlagen. Einige von ihnen nahmen gegen kleine Jungens vom Betar eine drohende Haltung ein. Den Vogel der Lausbüberei schoß aber ein ganz Schneidiger ab, der in den Ruf »Heil Hitler« ausbrach. Eine Gruppe des Wiener »Gedud Hachajal« des Betar vermochte die Ruhe bald darauf wieder herzustellen, worauf der Vortrag fortgesetzt werden konnte. — Einige der anwesenden Gäste hatten während des Tumults fluchtartig den Saal verlassen und mißbilligend den Kopf über solche »Kampfmethoden« geschüttelt. Die Urheber des argen Zwischenfalls wurden von allen Anwesenden einmütig aufs schärfste verurteilt.

In einer am selben Abend stattgefundenen Versammlung des »Jüdischen Klubs« sprach dessen Präsident, Herr Dr. Lichtwitz, namens des Klubs sein Bedauern über die Zwischenfälle aus und stellte fest, daß der Klub sich damit nicht identifiziere. Namens der jüngst gegründeten »Revisionistischen Ortsgruppe Baden« und des Betar protestierte der Natziv Betar, I. Goldstein, gegen die Vorfälle und erklärte am Schluß: »Die jüdische Oeffentlichkeit hat heute gesehen, von wo die Provokationen ausgehen und wo ihre Quelle auch in Hinkunft zu finden ist«.

Nun geht es auch schon in der Provinz los. Die guten Herren werden sich gründlich täuschen!

M. I. G.

Revisionistische Landeskonferenz in Jugoslavien

Am 19. November fand die von uns angekündigte Konferenz der Zionisten - Revisionisten Jugoslaviens im Hotel Royal in Osijek statt. Es waren ungefähr 50 Delegierte aus dem ganzen Lande vertreten. Dr. Vilim Schmukler, Osijek eröffnete um $^1/_2$10 Uhr vormittags die Konferenz und sprach über die Notwendigkeit einer revisionistischen Bewegung in Jugoslawien. Rudolf Heller aus Osijek hielt als Sekretär des vorbereitenden Ausschusses ein ausführliches informatives Referat. Sodann sprach Dr. Julije Dohany aus Novisad in fast zweistündiger, äußerst prägnanter und überzeugender Rede über die Ideologie des Zionismus - Revisionismus, über den Stand der Bewegung in der ganzen Welt und über die Aussichten für die Verbreitung der Bewegung in Jugoslavien. Marko Spitzer hielt einen Vortrag über die Jugendbewegung und über die Organisation des Betar, Viktor Stark einen Vortrag über Organisation, Propaganda und Presse. In den angenommenen Resolutionen wurde sodann die Gründung einer »Zionistischen Landesföderation Vladimir Jabotinsky« im Rahmen der Welt-Union mit dem Sitze in Beograd beschlossen. Präsident der Föderation ist Dr. Dohany, Vizepräsidenten Dr. Schmukler—Osijek und Dr. Kaljuski—Beograd.

Es wird eine eigene revisionistische Zweiwochenschrift in der Landessprache, »Malchut Jisrael«, in Beograd herausgegeben werden, die erste Nummer erscheint bereits am 1. Dezember.

Die Gründung einer Landesorganisation der WEREF wurde Frau Laszlo übertragen, die Organisation der Jugendbewegung übernahm Herr Spitzer.

Es wurden Begrüssungstelegramme an Se. Majestät König Alexander I. in Beograd und an den Präsidenten der Welt-Union Herrn Jabotinsky gesandt.

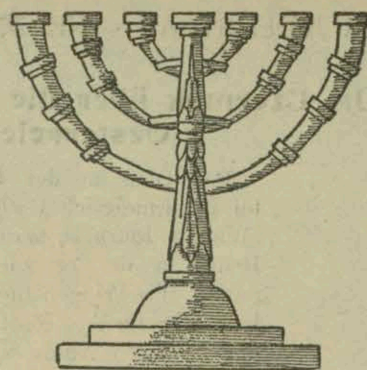
Faschistenkampf um Juden:

Antisemitismus in England

London, 26. November. Der wachsende Gegensatz zwischen der antisemitischen Gruppe der Imperial Fascists und der nicht antisemitischen Faschistenpartei Sir Oswald Mosleys hat in London zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den beiden Parteien geführt. Anhänger Mosleys versuchten, eine Versammlung der Imperial-Faschisten zu sprengen. Es kam zu einem offenen Kampf, in dem sich die Gegner mit Stühlen und Bänken bewarfen. Zehn Personen wurden bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Der Führer der Imperial-Faschisten A. Liese und der Hauptredner der Versammlung General Blakeney wurden verletzt. Der Angriff der Mosley-Faschisten erfolgte, weil in dem Organ ihrer Gegner behauptet worden war, Mosley stehe in Verbindung mit den Juden und werde von ihnen beherrscht. Seine Bewegung werde durch Juden finanziert.

In der Provinz entfalten die Imperial-Faschisten eine intensive Propaganda, insbesondere in jenen Kreisen, die Juden als Abgeordnete ins Parlament entsandt haben. Vor kurzem wurde ein großes Meeting mit anschließenden Straßenkundgebung in Isle Ely veranstaltet, das durch James Rothschild im Unterhaus vertreten wird. Der Führer Liese erklärte, kein einzelner Staat sei in der Lage, die Judenfrage zu lösen; aber alle faschistischen Staaten zusammen könnten bestimmen, wohin die Juden gebracht werden sollen; bis dahin sollen die englischen Juden ihr Staatsbürgerrecht verlieren, aus dem Staatsdienst ausgeschlossen werden und kein Recht haben, Grund und Boden zu erwerben. Die unter jüdischer Führung stehende internationale Finanz müsse niedergezwungen werden.

Berit Trumpeldor



Beilage des „Judenstaat"

Erscheint vierzehntägig | Nr. 5 | Herausgeber: Arjeh Köppel

Dr. B. Lubotzki (Paris)

Man sehe ihn an und urteile!

Im Warschauer »Hajnt« veröffentlichte Herr Jizchak G r ü n b a u m den vertraulichen Befehl Nr. 60 des Shilton Betar bezüglich der 3000 Schand-Zertifikate und der Aussichten einer individuellen Alijah von Betarim. Herr Grünbaum veröffentlichte auch einen Artikel »Man sehe und urteile«, in welchem er die revisionistischen Zentralinstanzen angreift. Der Generalsekretär des Betar Dr. B. Lubotzki sendet uns nachstehende Antwort auf den Artikel des Herrn Grünbaum:

Herr Grünbaum, Leiter des Einwanderungsamtes in der Exekutive der Jewish Agency, kann es nicht verstehen, wie wir Betarim den Boykott gegen die 3000 Schand-Zertifikate werden durchhalten können und auch nicht, wie es sich die revisionistische Leitung erlauben könne, diesen Boykott zu proklamieren, ohne zu befürchten, daß die auf Zertifikate wartenden Betarim zu den Linken »abwandern«. Erst als er den vertraulichen Befehl des Shilton, den Boykott betreffend, erhielt (von wem, Herr Grünbaum; wen bezahlen Sie für so schöne und noble Dinge?), in welchem der Shilton unter anderem anordnet, daß die Netziwim Listen jener Betarim vorbereiten, die für eine individuelle Alijah mit der Hilfe von jüdischen Arbeitgebern in Palästina in Betracht kommen, da verstand Herr Grünbaum... Was verstand er? Daß die Revisionisten das Zertifikatenmonopol der Agency brechen wollen. Dieser Wunsch der Revisionisten scheint für Herrn Grünbaum eine Neuigkeit zu sein. Für die jüdische Welt, insoferne sie für uns Interesse hegt, wird dieser Wunsch nichts Neues sein, im Gegenteil, er wird ihr genau so selbstverständlich erscheinen — wie unser heißer Wunsch, daß die Herrschaft der roten Terrororganisation in Palästina, die dem antizionistischen Regime dient und sich systematisch mit dem Prügeln und dem Aushungern unserer Chawerim beschäftigt, gebrochen werde. Aber Herr Grünbaum »versteht« auch noch etwas: daß der Shilton mit der Inaussichtstellung einer individuellen Alijah verhüten wolle, daß seine Betarim in Herrn Grünbaums Machtsphäre »hinüberwandern«. Herr Grünbaum wendet sich an diese Betarim und erzählt ihnen mit dem Brustton offizieller Autorität, daß der Shilton sie betrügt, daß sie auf Grund der Anforderung durch die Arbeitsgeber in diesem Winter nicht werden einwandern können, da diese Anforderungen an den Termin der Zertifikatenschedule gebunden sein sollen; die Betarim, die Armen, werden so zuhause sitzen und zusehen müssen, wie die Linken frohgemut und singend nach Palästina fahren, während sie traurig ihren Shilton verwünschen.

Auf Herrn Grünbaums Spionage-Kunststücke (wahrscheinlich eine Kopie jenes Spionage-Systems, das die »illegalen« Gedanken jüdischer Touristen festzustellen hat) will ich mit einigen kurzen Feststellungen antworten:

1) Was Herr Grünbaum veröffentlicht hat, ist kein »Geheimzirkular des revisionistischen Hauptquartiers«, sondern ein Befehl des Shilton Betar an seine Netziwim; das (keineswegs geheime) Zirkular der revisionistischen Exekutive, wo klar bewiesen wird, daß die von Herrn Grünbaums Exekutiive angenommenen 3000 Zertifikate ein hingeworfener Hundeknochen sind — das hat Herr Grünbaum nicht veröffentlicht.

2) Der Betar sucht seit langem Wege, um nach Palästina ohne die Gnade des Herrn Grünbaum gelangen zu können. Das ist für niemand ein Wunder, wenn man weiß, wie der Betar von den Palästinaämtern des Herrn Grünbaum behandelt wird. Daß zu diesem Zweck eine Kooperation mit den jüdischen Arbeitgebern in Palästina für den Betar eine ganz natürliche Sache ist, versteht auch jeder, für den die jüdischen Arbeitgeber zunächst einmal zumindest ebenso gut sind wie arabische Pogrom-»Proletarier«. Ebenso selbstverständlich ist es für jeden vernünftigen Menschen, daß eine solche Sache, solange sie nicht ganz reif ist, geheim gehalten werden muß, auf daß nicht gewisse Faktoren auf die Vorbereitung einer größeren Alijah außerhalb der Schedule aufmerksam werden.

3) Ich persönlich bin im Monat März, d. h. zu einer Zeit, da die Zertifikate der Winter-Schedule schon lange ausgeteilt waren und eine neue Schedule überhaupt nicht da war, auf Grund einer solchen Anforderung durch einen Arbeitsgeber nach Palästina eingewandert. Das bedeutet, daß die Anordnung einer Alijah durch Arbeitsgeber n i c h t gebunden ist an die Schedule-Bestimmungen.

4) Die Betarim werden niemals zu den Linken »abwandern«, um sich mit Zertifikaten zu versorgen, denn wollten sie ihre persönlichen Interessen höher stellen als das Ideal des Betar, so brauchten sie nicht auf den Befehl Nr. 60 warten, um »abzuwandern« und sich unter die warmen Flügel des Herrn Grünbaum und seiner Histadruth zu stellen.

Ich stelle deshalb fest, daß Herr Grünbaum unseren Befehl nur aus zwei Gründen veröffentlicht hat:

Erstens, um uns in unserem Versuch, Einwanderungswege nach Palästina ohne seine Gnade zu finden, zu behindern.

Zweitens, um durch eine Unterschiebung (daß der Shilton eine Alijah ohne Schedule-Zertifikate verspricht, während dies unmögliich ist) unsere Zentralinstanzen in den Augen der Betarim-Masse zu diskreditieren. Das wird Herrn Grünbaum allerdings nie gelingen; genauso wie Herr B e n G u r i o n, der uns Betarim »langsam« in die blutig-rote Histadruth hineinführen will, wird auch Herr Grünbaum sehnsüchtig und erfolglos warten und warten müssen.

Herr Grünbaum, ein offizieller Vertreter der Zionistischen Organisation, schämt sich nicht, die vertrauliche Korrespondenz fremder Organisationen auszuspionieren, nur um seinen P a r t e i z w e c k e n zu genügen. Und um jede Möglichkeit einer Betar-Einwanderung nach Palästina zu verstopfen, veröffentlicht er fremde Dokumente in der stillen und häßlichen Hoffnung, dadurch die Realisierung eines neuen Alijah-Planes zu zerstören. Und er schreckt nicht vor einer »kleinen Ungenauigkeit« zurück, um eine Jugendbewegung um seines linken Parteiinteresses wegen zu beeinflussen.

Mögen unsere Chawerim und alle Juden mit reinen Händen sich diesen »Minister« ansehen und urteilen.

Aus dem Weltbetar

Bulgarien. Am 10. September sind die ersten Olim aus Bulgarien, 5 Betarim und 3 Betariot, nach Palästina gefahren. Alle Olim stammen aus der betarischen landwirtschaftlichen Hachschara in Vidin. Anfangs Oktober fand in Bulgarien ein Sommerlager des Betar statt, in dessen Folge sich die Kenanim Rousse und Plovdiv besonders gut entwickelten. In den Kenanim Rousse, Plovdiv, Pasardjik und Vidin wird eine energische Hebräisierungstätigkeit geführt. Ein neues landwirtschaftliches Hachschara-Zentrum wurde in Jambol gegründet. Die Netziwut organisiert städtische Hachschara-Kurse für Chauffeure und Mechaniker.

U n g a r n. Nach Abschluß des Sommerlagers des ungarischen Betar, ist ein bedeutender Aufschwung in der Tätigkeit des ungarischen Betar zu verzeichnen. Im Budapester Ken wurde ein Appell abgehalten, bei dem die Absolventen der Instruktorenschule vom Natziv zu »Semalim« ernannt und die Zusammensetzung der Pelugot-Timronim bestimmt wurde.

R u m ä n i e n. Der Natziv des Betar in Polen, Ketzin ha Shilton Propes, wurde vom Rosch Betar zum Kommissar für den Betar in Rumänien ernannt und nach Bukarest kommandiert. Der ihm erteilte Auftrag lautet, den Betar Rumäniens, der sich noch im Stadium einer Massenbewegung befindet, straff zu organisieren.

I t a l i e n. In Italien bestehen Kenanim in Milano, Firenze und Tripoli, sowie Initiativgruppen in Rom und Fiume.

G r i e c h e n l a n d. Die Jugendorganisation »Bne Misrachi« hat sich mit dem Betar vereinigt, somit hat der Betar die Möglichkeit erhalten, in Griechenland festen Fuß zu fassen.

O e s t e r r e i c h. Am 25. September fand in Wien ein Kinus Artzi (Landeskonferenz) des österreichischen Betar statt, an dem Vertreter aller Kenanim anwesend waren. — Am Ken Wien wurde ein Gedud von Erwachsenen (im Alter von 23 bis 30 Jahren) unter dem Namen »Gedud ha Chajal« gegründet. Der Gedud zählt 40 Mitglieder und beschäftigt sich unter Leitung des Natziv Goldstein mit wehirsportlicher und politischer Ausbildung. — Bei der Netzivut wurde ünter Leitung des Ketzin Dr. V. Kornmehl ein Departement für Alija gebildet.

H o l l a n d. Der Ken Betar in Amsterdam zählt 62 aktive Mitglieder und begann nach den Sommerferien mit einer intensiven Tätigkeit, die folgende Arbeitszweige umfaßt: wehrsportliche Tätigkeit (Genie - Gruppe, Radio-Unterricht, Telephonie), Elektrotechnik, Kulturarbeit (Geschichte, Hebräisch). — Dr. Speyer, Mitglied der Netzivut, leitet die Arbeit der Initiativgruppe im Haag. — Ein bedeutender Teil der Amsterdamer Betarim gehört der unparteiischen Militärorganisation »Burgerwacht« an. Zwei Betarim aus der Tschechoslovakei traten ihre Hachschara in der Betargruppe in Hengelo an.

D a n z i g. Die Revisionisten und der Betar in Danzig berichten, daß ihre rein palästinozentrische Tätigkeit durch die politischen Verhältnisse der Freistadt in keiner Weise gestört wird und daß sich ihre Arbeit erfolgreich entwickelt. Die Direktiven des Exekutiv-Komitees in Bezug auf die letzten Zertifikaten-Schedule haben eine begeisterte Zustimmung gefunden und die Organisation hat bereits mit der entsprechenden Aufklärungsarbeit begonnen. — Die Sammlungen für den Fond des Exekutiv-Komitees sind mit Erfolg durchgeführt worden. In Gdingen ist durch den Danziger Betar ein Ken organisiert worden, der der polnischen Netzivut untersteht und über 20 Betarim zählt.

L i t a u e n. Nach Abschluß des in diesem Sommer vom Ketzin ha Shilton I. Halpern geleiteten Instruktorenkursus ist in Litauen ein merklicher Aufschwung der wehrsportlichen Ausbildung zu verzeichnen. Die Netziwut besteht nunmehr ausschließlich aus wehrsportlich ausgebildeten Instruktoren. — Das Hachschara-Departement der Netziwut richtet sein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der städtischen Hachschara-Zentren, die hauptsächlich handwerkliche Ausbildung vermitteln.

F i n l a n d — Der junge Ken-Betar in Helsingfors entwickelt sich zufriedenstellend. Er zählt 14 erwachsene Betarim, nachdem 5 Betarim aus Helsingfors nach Palästina und 5 nach Lettland (zwecks landwirtschaftlicher Hachschara) gegangen sind. Die meisten Mitglieder des Betar nehmen am Korps der unparteiischen Militärorganisation der »Aktiven Skyddskaristen« teil.

L e t t l a n d — Ende September fand in Riga unter dem Vorsitz des Natziv, M. Gold, eine Beratung aller Mefakde ha Kenanim statt, die sich hauptsächlich mit der Frage der Teudot-Aktion und anderen Organisationsproblemen befaßte. — An Stelle von D. Jafit, der durch Jahre hindurch den Ken in Riga leitete und der nunmehr auf dessen eigenen Wunsch von diesem Posten befreit wurde, wurde Ketzin ha Netziwut M. Bodina zum Mefaked ha Ken ernannt. In Riga wurde im Viertel des jüdischen Proletariats ein zweiter Ken gegründet. — Am 18. November findet in Riga die IX. Landeskonferenz des lettländischen Betar statt.

U. S. A. — Der Präsident der Union der Zionisten-Revisionisten der Vereinigten Staaten und der ehemalige Legionär, Herr E. Ginsburg, wurde vom Rosch Betar und Shilton zum Natziv des Betar in den Vereinigten Staaten und Canada ernannt. Der Natziv-Stellvertreter ist der Gründer des Betar in Amerika Herr J. Beder. Die neue Netzivut hat bereits merkliche Erfolge ihrer Tätigkeit zu verzeichnen. Natziv Ginsburg inspizierte die einzelnen Gedudim des Ken New York und Ketzin Beder besuchte den Ken in Chicago. Die Netzivut gibt eine betarische Schriftenreihe in englischer Sprache heraus. Der Ken Chicago gibt eine Wochenschrift »Chicago Betar Weekly« heraus.

K a n a d a — In Toronto wurde der Gedud ha Nesharim (Darga Alef) unter Leitung des Mefakked Bell reorganisiert. — In Montreal bildete sich ein Ken-Betar. Die Kenanim Kanadas unterstehen der Netzivut in New-York.

G o l u m b i e n — In Bogota sind eine revisionistische Organisation und eine Gruppe des Berit Trumpeldor geschaffen worden. Der Betar beginnt mit der Herausgabe einer jüdischen Zeitschrift. Die Organisation arbeitet aktiv für den Keren Tel-Chai. Von den 200 Shekalim, die in Bogota abgesetzt wurden, haben die Revisionisten 150 zur Verteilung erhalten.

A l g e r i e n — In Alger ist ein Ken Betar im Entstehen begriffen, der sich nach einem Besuch des Mefakked Gelili des Betar in Tunis, F. Allouche gebildet hat.

T u n i s — Ende August fand in Bordj-Cédria ein Lager des Betar in Tunesien statt, an dem über 100 Betarim aus Tunis, Sfax, Susse und Mahdia teilnahmen. Dieses Lager, an dessen Lagerfeuer sich mehrere hundert Personen zu versammeln pflegten, hatte eine große propagandistische Bedeutung für den tunesischen Betar.

C h i n a u n d M a n d s c h u r e i — Anfangs November verlassen vier Olim des Betar Charbin. — Am 17. September feierte der Charbiner Betar auf dem Stadion der Stadt sein fünfjähriges Jubiläum. An der Feier nahmen Vertreter aller gesellschaftlichen Institutionen sowie der mandschurischen Regierung und manche Mitglieder des diplomatischen Korps der Stadt, u. a. der italienische Konsul, der Vertreter des Generalstabs, Herr Sia-Sha-Kan, teil. Die Feier begann mit einem uniformierten Aufmarsch der Betarim und schloß mit militärischen und sportlichen Uebungen. Das zu dieser Feier versammelte Publikum stellt die größte jüdische Versammlung dar, die Charbin jemals gesehen hat.

Dr. Czermak über die Judenfrage in Oesterreich

Der Obmann der Christlichsozialen Partei Dr. Emmerich Czermak hielt, wie das »Wiener Journal« berichtet, am 29. d. eine Rede, in der er zur Judenfrage Stellung nahm. Wir bringen hier die wichtigsten Stellen, wie sie das Blatt vermittelt, auf die in der nächsten Nummer unseres Blattes prinzipiell reagiert werden soll.

»Auf die Gefahr hin, bei Menschen, die sich Antisemiten nennen, Anstoß zu erregen, spreche er es offen aus: »Ich ziehe den Hut vor dem jüdischen Volke, ebenso wie etwa vor dem englischen oder dem spanischen. Aber deshalb muß ich nicht zugeben, daß ein Engländer oder ein Spanier gleichzeitig ein Deutscher ist«. Er erinnert an Hermann Bahr, der mit seinem Freunde Theodor Herzl eines Sinnes darüber war, daß die Juden in dem Augenblick anfangen unsympathisch zu sein, wo sie ihr Judentum verleugnen. Man kann aber unmöglich gleichzeitig zwei Nationen angehören. Und wenn zum Beispiel der berühmte italienische Staatsmann Luzatti gesagt hat, daß er in dem Moment fühle, daß er ein Jude sei, wenn gegen die Juden losgeschlagen wird, so sei das ein Beweis dafür, wie sehr sich auch assimilierte Juden dem Judentum verbunden fühlen. Für diesen Standpunkt habe Redner auch bei den Juden selbst sehr viel Verständnis gefunden, und es sei deshalb nicht angebracht, zu behaupten, daß es keine Judenfrage gäbe. Es gibt allerdings verschiedene Arten, zu dem Judentum Stellung zu nehmen, ebenso wie es ja auch verschiedene Arten von Antisemitismus gibt.

Was jetzt in Deutschland vorgehe, sei gewissermaßen der Antisemitismus als Pubertätserscheinung. In Oesterreich, wo die christlichsoziale Partei sich seit mehr als dreißig Jahren mit dem Problem beschäftigt, werden wir natürlich in viel milderen Formen an die Frage herantreten, so wie es dem Christentum und der Kultur entspricht. Es sei auch nicht zu leugnen, daß das Judentum gemäß seiner Geschichte in vieler Hinsicht viele beachtenswerte gute Eigenschaften habe, die es auch oft zum Nutzen der Völker anwendete, unter denen die Juden wohnten. Wir wünschen aber, daß die Juden unter uns eben als Juden auftreten und nicht eine fremde Maske vor das Gesicht nehmen.

Fragt man mich nun nach der Lösung des Problems, so möchte ich zunächst auf die zionistische Bewegung hinweisen, obwohl diese nur langsame Fortschritte macht. Selbstverständlich verlangt der Katholizismus, daß im Heiligen Lande alle Rechte der Kirche unverletzt bleiben. Was aber das Problem in Europa betrifft, so dürfe sich bei uns in Oesterreich zunächst auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts, überhaupt auf dem der Kultur, keine allzu große Schwierigkeit ergeben. Man darf auch zum Beispiel vor dem Worte »Numerus Clausus« nicht erschrecken. Es ist ebenso wenig schrecklich, wie etwa das Wort »Konkordat«. Die Katholiken fordern für sich die konfessionelle Schule und auch ein großer Teil der Judenschaft würde sich mit jüdischen Schulen einverstanden erklären. Manche Mißhelligkeit könnte dadurch aus der Welt geschafft werden.

Wüste Formen des Antisemitismus, wie man sie etwa jetzt auswärts beobachten kann, sind nicht unsere Sache, ganz abgesehen davon, daß ja auch etwa die deutsche Lösung, die mit der Vertreibung der Juden rechnet, kaum durchführbar ist. Anderseits aber müsse man doch auch bei uns der Frage klar ins Gesicht sehen, wenn nicht Strömungen überhandnehmen sollen, die zu gewaltsamem Ausbruch drängen. Man dürfe nicht vergessen, daß wir in einer Zeit des wirtschaftlichen Elends leben, die nur allzu sehr zur Entladung reizt, so daß tatsächlich eine »Ordnung in der Judenfrage« zum Nutzen aller gereichen könnte«.

Vom mitteleuropäischen Betarkommissariat

Am 25. und 26. d. M. besuchte der Ketzin ha Shilton Dr. Köppel die Netzivut in Bratislava und hat im Auftrage des Rosch Betar folgende Neuordnung getroffen: 1) Die Netzivut besteht bis au fweiteres aus dem Natziv Julius Groß und dem Mischne ha Natziv Jizchak Bloch. 2) Die Netzivut wird angewiesen mit dem mitteleuropäischen Betar-Kommissariat in engster Verbindung zu Verbleiben, dem es obliegt, die Richtlinien der Betararbeit zu entwerfen und ihre Durchführung zu kontrollieren.

Der Ketzin ha Shilton erließ einen Aufruf an den Betarsenif, worin uneter anderem die Weiterführung der Betaraktion angeordnet wurde.

50.000 Dollar für die hebräische Universität

»Doar Hayom« berichtet, daß Sir Herbert Samuel auf seiner Amerika-Reise 50.000 Dollar für die Hebräische Universität in Jerusalem aufgebracht hat. Sir Herbert Samuel ist Mitglied des Direktoriums der Universität. — Sir Philip Hartog, der Vorsitzende der von der letzten Tagung des Kuratoriums der Universität eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse und der Ausgestaltungsmöglichkeit der Universität, wird in Begleitung von Dr. Redcliffe Salaman aus London und Prof. H. Louis Ginzberg aus New York demnächst in Jerusalem eintreffen. — Der Sekretär des Komitees, Dr. Leo Kohn, weilt bereits in Jerusalem.

Hochoffizielle Ankündigung:

Das Parlament in Palästina ist da!

London, 24. November. In der Abendsitzung des Unterhauses vom 23. November gab der Minister für die Kolonien Sir Philip Cunliffe-Lister auf eine Anfrage des Abgeordneten Oberst Josiah Wedgwood eine Erklärung über die Aufgaben des in Palästina geplanten Legislative Council ab und kündigte an, daß die Einsetzung dieser Körperschaft unmittelbar nach dem Inkrafttreten der palästinensischen Gemeindeordnung erfolgen werde. Der Minister betonte nachdrücklich, daß die Politik der englischen Regierung in Palästina und die Machtbefugnisse des High Commissioner von der Errichtung des Legislative Council völlig unberührt bleiben und daß den durch die Annahme des Palästinamandats übernommene Verpflichtungen von der Mandatarmacht restlos entsprochen werden wird.

Colonel Josiah Wedgwood fragte den Minister für die Kolonien, welche besonderen Versprechungen seinem Vorschlag, in Palästina eine verantwortliche oder repräsentative Regierung zu schaffen, zugrundelägen und ob er dessen sicher sei, daß der Wegfall der Kontrolle durch das englische Parlament von allen Teilen der palästinensischen Bevölkerung gewünscht wird.

In Beantwortung dieser Anfrage erklärte der Minister, die Annahme des Abgeordneten Wedgwood, es sei irgend ein Vorschlag gemacht worden, in Palästina eine selbständige Regierung zu bilden, sei irrig. Die Absicht der Regierung Seiner Majestät, in Palästina einen Legislative Council einzusetzen, sei bereits in dem Statement of policy vom Oktober 1930 (Passfield'sches Weißbuch) angekündigt worden. Dieser Absicht entsprechend habe der High Commissioner im November 1932 der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes mitgeteilt, daß Schritte zur Verwirklichung des Gedankens des Legislative Council getan werden sollen, sobald die neue Gemeindeordnung der Palästina-Regierung in Kraft gesetzt sein würde.

»Darf ich fragen«, wandte sich Colonel Wedgwood nochmals an Sir Philip, »warum wir in Palästnia nicht die in Cypern so erfolgreich befolgte Politik anwenden können, sondern statt dessen uns die Praxis des Indien-Amtes zu eigen machen, indem wir uns der Verantwortung gegenüber unseren Freunden entziehen und unsere Feinde zu besänftigen versuchen«.

Sir Philip Cunliffe-Lister antwortete: »Ich glaube nicht, jemals einen unrichtigeren Vorschlag in einer Ergänzungsfrage gehört zu haben, als den soeben gemachten. Wir entziehen uns keiner unserer Verpflichtungen. Unsere Pflichten und unsere Verantwortung in Palästina werden unverändert weiterbestehen, ob nun ein Legislative Council eingesetzt wird oder nicht.

»Welcher Zweck wird damit verfolgt«, fragte Colonel Wedgwood weiter, »daß ein repräsentativer Rat eingesetzt wird, wenn wir weiterhin die gleiche Verantwortung tragen?«

»Es geschieht dies zu dem Zwecke«, antwortete Sir Philip, »daß die verschiedenen Teile der Palästinensischen Oeffentlichkeit Gelegenheit haben, ihre Meinungen in einer repräsentativen Körperschaft zum Ausdruck zu bringen«.

Abgeordneter Wedgwood fragte sodann, ob das Unterhaus in der Frage der Einsetzung des Legislative Council ausgeschaltet werden solle oder ob man dem Hause nochmals Gelegenheit geben werde, zu diesem Problem Stellung zu nehmen.

Der Minister für die Kolonien antwortete, diese Angelegenheit sei dem Parlament bereits zu wiederholten Malen vorgelegt und von ihm behandelt worden. Die Politik der englischen Regierung betreffend Palästina sei im Laufe der letzten zehn Jahre festgelegt worden. »Ich kann dem Hause«, sagte Sir Philip, »die uneingeschränkte Zusicherung geben, daß die Befugnisse der britischen Regierung des Unterhauses und des High Commissioner bei der Durchführung der Politik des Mandates, auch wenn der Council eingesetzt sein wird, genau so streng aufrechterhalten und vollständig unbeeinträchtigt bleiben werden, wie sie es heute sind«.

Der Abgeordnete Barnett Janner fragte nunmehr den Minister, wie es sich mit der Einwanderung von Arabern aus Transjordanien nach Palästina verhalte. Sir Philip erwiderte, diese Einwanderung könne nicht gehindert werden. Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Janner ob auch Juden aus Palästina ungehindert nach Transjordanien einwandern können, wurde keine Antwort erteilt.

BERIT TRUMPELDOR Voranzeige:

Große Makkabäer-Feier 21. Dezember, Hotel Post
Festrede: Dr. O. RABINOWITSCH

Mißglückte proarabische Parlamentarierkundgebung?

London, 24. November. Im Anschluß an die Sitzung des Unterhauses, in der die Einsetzung des Legislative Council angekündigt wurde, fand eine Besprechung der proarabischen Parlamentarier mit Vertretern der palästinensischen Araber statt. Zu der im Parlamentsgebäude abgehaltenen Besprechung waren zwar zahlreiche arabische Politiker, jedoch von den eingeladenen Parlamentariern bloß drei Mitglieder des Oberhauses und drei Mitglieder des Unterhauses erschienen. Daraufhin zog sich der Führer der proarabischen Parlamentsvereinigung Lord Winterton von der Besprechung mit der Erklärung zurück, daß er angesichts des von den englischen Parlamentariern bekundeten geringen Interesses die von ihm selbst vorgeschlagene Resolution nicht unterstützen könne. Er sei der Meinung gewesen, daß es sich bei dieser Sitzung in erster Reihe um eine Besprechung von Parlamentariern handeln würde. Da es sich jetzt zeige, daß die Zusammenkunft einen ganz anderen, nicht parlamentarischen, Charakter habe, könne er sich mit der Aktion nicht länger identifizieren. In Abwesenheit Lord Wintertons wurde sodann die vorgeschlagene Resolution, in der »Gerechtigkeit und fair play« für die Araber in Palästina gefordert wird, angenommen.

Palästinensicher Industriellenverband fordert verstärkte Einwanderung

Tel-Aviv, 26. November. Auf der unter dem Vorsitz von Nahum Lifschitz abgehaltenen Jahresgeneralversammlung des Industriellenverbandes wurde eine Resolution gefaßt, in der mit stärkstem Nachdruck gefordert wird, daß die Zahl der zuzulassenden Einwanderer erhöht werde, da die Betriebe unter dem Arbeitermangel schwer zu leiden haben.

Der Jüdische Hochschulausschuß plant die Abhaltung von Englischkursen. Interessenten mögen sich Montag, in der Zeit von 5—6 Uhr zur Vorbesprechung einfinden.

Landesverband der Zionisten-Revisionisten

Werbewoche verlängert:

Die große Mitglieder-Werbewoche, die für die Zeit vom 25. November bis 4. Dezember angesetzt war, ist bis zum 7. Dezember verlängert worden. Anlaß war der überaus starke Bedarf an Mitgliedskarten, von denen in aller Eile eine neue Auflage hergestellt werden mußte. Es wird erwartet, daß jedes Mitglied mindestens zwei neue wirbt!

Der »Bund für Gymnastik und Jiu-Jitsu« hat seine Tätigkeit unter der Leitung des behördl. geprüften Sportlehrers und Jiu-Jitsu Meister Ing. Patlaschenko für Enfettungs-Gymnastik, Gesundheitsturnen, Ballgymnastik, Akrobatik, Boxen, und Jiu-Jitsu aufgenommen und finden die Uebungen derzeit an folgenden Tagen statt: Kinderturnen: Dienstag und Freitag von 4—5 nachm. Damenturnen: Dienstag und Freitag von 9—10 Uhr vorm. Damen- und Herrenturnen: Dienstag und Freitag von 8.45—10 abds. Gemischte Privatkurse jeden Sonntag vormittag.

Anmeldungen und Auskünfte im Uebungslokal: Gymnastykschule I., Trattnerhof 2 Mezz.

Nach der Gymnastik kalte und warme Duschen, Höhensonne, Massage.

Die Hebräischkurse der Judäa finden jeden Montag von 6—8 Uhr abends im Zentralheim, Wien IX., Alserstraße 26 statt. Montag, den 4. Dezember findet um 3/4 8 Uhr abends die Vorbesprechung für einen Kurs für Vorgeschrittene statt.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14.